



### Landesetat

S. 4/5

Was in den Augen der Koalition die Aufarbeitung der Erblast von Rot-Grün ist, stellt sich für die Opposition anders dar: Sie kritisiert am Landeshaushalt 2006 neue Schulden und Kürzungen im Jugendbereich.

### Gutachten

S. 14

Lehrergutachten gegen Elternwillen – wenn es um den Übergang nach der Grundschule auf eine andere Schulform geht, gibt es manches Mal widerstreitende Ansichten. Anhörung dazu im Schulausschuss.

### Kopftuch

S. 15

Die Landesregierung will das Schulgesetz so ändern, dass islamischen Lehrerinnen im Unterricht an staatlichen Schulen das Tragen eines Kopftuchs untersagt wird. Experten nahmen im Hauptausschuss Stellung.

### Staatsakt

S. 21

In der Düsseldorfer Tonhalle haben Landtag und Landesregierung von Johannes Rau Abschied genommen. Landtagspräsidentin, Ministerpräsident und Vizekanzler fanden bewegende Worte zum verstorbenen „Landesvater“.

Es tut sich was in einer Ecke des Landes, die nicht unbedingt im Mittelpunkt steht, aber die um ihre Stärken weiß. Sandra Kiriasis, Pilotin im Zweierbob und hier beim Training auf der Bobbahn in Winterberg mit ihrer Anschieberin Anja Schneiderheinze, hat bei den Olympischen Spielen in Turin Gold geholt und den südwestfälischen Landesteil in die Schlagzeilen gebracht. Sauerland und Siegerland sind diesmal Gastgeber des Parlamentarischen Abends im Landtag. Die Region hat aber weit mehr als Tourismus und Sport zu bieten: Sie ist Industrievier – ganz heimlich, unheimlich erfolgreich und in aller Welt ein Begriff für Wertarbeit und innovative Produkte (Seite 11 bis 13).

## Das Sauerland kocht im Parlament

Der zweite parlamentarische Abend steht vor der Tür. Nach Ostwestfalen präsentieren sich Sauerland und Siegerland im Landesparlament. Auch diesmal sind es wieder die Abgeordneten der Region – 19 an der Zahl –, die den Abend vorbereitet haben. Dazu haben sie Kontakte geknüpft und Sponsoren gewonnen. Sie haben Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Kultur, der Medien, des Sports und des Tourismus zur Darstellung eines innovativen und dynamischen Wirtschaftsstandorts inmitten eines lebenswerten Umfelds nach Düsseldorf eingeladen. Neben Information und Unterhaltung kommt der Genuss nicht zu kurz. Der Sauerländer Köcheclub ist mit der Gesamtorganisation der Bewirtung an diesem Abend beauftragt: Na denn, guten Appetit!



Mit Schwung in die Zukunft –  
Südwestfalen hält Anschluss

# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Gerüstet für den Fall der Fälle</b>	<b>3</b>
<i>Landtag debattiert Maßnahmen zum Schutz vor der Vogelgrippe</i>	
<b>„Sparen über Jahre hinaus“</b>	<b>4</b>
<i>Opposition kritisiert den Landeshaushalt 2006</i>	
<b>Neue Spielregeln für die Gemeindefinanzierung</b>	<b>5</b>
<b>Chancen durch Energieeinsparung</b>	<b>6</b>
<i>Fraktionen debattieren über Umsetzung des Bundesprogramms</i>	
<b>Verteilungspolitische Grabenkämpfe</b>	<b>7</b>
<i>Landtag debattiert über sinnvollen Einsatz von Bundesmitteln in NRW</i>	
<b>Mehr Qualität für Hauptschulen</b>	<b>8</b>
<i>Parlament diskutiert gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen</i>	
<b>Streit ums Elterngeld</b>	<b>9</b>
<i>Grüne verlangen Ausbau des Betreuungsangebots vor steuerlicher Entlastung</i>	
<b>„Niemand denkt an Waldmaut“</b>	<b>10</b>
<i>Grüne: Landesregierung will Jahrzehnte alten Konsens kündigen</i>	
<b>Verlässlichkeit eingefordert</b>	<b>10</b>
<i>Fraktionen: Beim Biodiesel gegebene Zusagen einhalten!</i>	
<b>„Wir in Südwestfalen“</b>	<b>11</b>
<i>Porträt einer fleißigen und ruhigen Region</i>	
<b>Industrieregion im Grünen</b>	<b>12-13</b>
<i>Interviews mit Landtagsabgeordneten aus Südwestfalen</i>	
<b>Elternrecht contra Lehrerkompetenz</b>	<b>14</b>
<i>Anhörung zur Einführung verbindlicher Grundschulgutachten</i>	
<b>Neutralität und Glauben</b>	<b>15</b>
<i>Ausschüsse hören Sachverständige zum „Kopftuchverbot“</i>	
<b>Kohle-Streit verschärft sich</b>	<b>16</b>
<i>Wirtschaftsausschuss debattiert über geplanten Subventionsabbau</i>	
<b>Chance oder Warteschleife?</b>	<b>17</b>
<i>Erste Bilanz zur Einführung des Werkstattjahrs</i>	
<b>Koalition mahnt zur Gelassenheit</b>	<b>18</b>
<i>Sondersitzung des Kommunalausschusses zur Messe-Köln</i>	
<b>Ladehemmung bei Polizeipistolen</b>	<b>18</b>
<i>Hersteller rüstet 13.000 Pistolen mit neuen Auszieherkrallen nach</i>	
<b>„Geld geben und machen lassen“</b>	<b>19</b>
<i>Experten legen Vorschläge zur Wohnraumförderung vor</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>20</b>
<b>Ein Abschied in Liebe und Würde</b>	<b>21</b>
<i>Landtag und Landesregierung ehren Johannes Rau in einem Staatsakt</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Portrait der Woche: Dr. Gerhard Papke (FDP)</b>	<b>23</b>
<i>Vier Abgeordnete im Ausschuss der Regionen</i>	23
<i>Impressum</i>	23
<b>Geburtstage und Personalia</b>	<b>24</b>



# Eine Region von Ruhe und Fleiß

Hand aufs Herz – wann waren Sie zum letzten Mal im Land der tausend Berge und der roten Erde? Nicht dienstlich oder im Auto über die Sauerlandlinie, sondern privat, zum Ausspannen, Erholen und Auftanken? Es ist schon eine ganze Weile her, geben Sie es zu. Der sonnige Süden liegt näher: Kurze Fahrt zum Flughafens, rein in den Jet und aussteigen in der Sonne. Warum in die Ferne schweifen? Diese Frage stellt sich für viele überhaupt nicht.

Sieh, das Gute liegt so nah. Du sitzt auf der Bank am Hårdtler, auf dem Rücken des Rothaargebirges zwischen Oberhundem und dem idyllischen Flecken Jagdhaus. Unten liegt der Weiler Milchenbach, geradezu die Buchen des Lennegebirges. Überall Wälder, nichts als Wälder. Der Wind zischt durch die Fichten, rüttelt an den Laubbäumen. Kein menschlicher Laut ist zu hören. Erholung pur.

So sieht es der Tourist, so erlebt es der Besucher. Für die Menschen, die hier zu Hause sind, stellt sich die Sache ein wenig anders und weit weniger romantisch dar. Das Klima ist rau, der Boden mager. Der Ackerbau hat seine Grenzen, Forst- und Viehwirtschaft bieten ein Auskommen. Der Verkehr quält sich durch enge Täler.

## BRAUCHTUM

Die Menschen zwischen Lüdenscheid und Siegen, Warstein und Bad Berleburg haben den Wandel bewältigt – und dabei die Fakten auf ihrer Seite: Eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und eine mittelständische Wirtschaft, die sich mit ihren Produkten zu behaupten weiß.

Neben das verarbeitende Gewerbe tritt die weiße Industrie, der Tourismus. Erholung, Gesundheit, Sport – dieses Standbein wird immer stärker. Zahlreiche Luftkurorte, die beiden Bäder Berleburg und Laasphe, Wanderwege und Skiloipen, der Wintersportzirkus in Winterberg. Die Talsperren, die Vergnügungsparks, die Tropfsteinhöhlen, die schwarz-weiße Fachwerkkarchitektur, das gute Bier.

„Glaube, Sitte, Heimat“ hat der Sauerländer Schützenbund auf seine Fahnen geschrieben. Das ist eine Lebenseinstellung. Egal, ob sie draußen gutgeheißen oder verstanden wird – die Menschen machen sich nichts daraus, wenn sie unterschätzt oder belächelt werden.

Seit Turin wissen sie wieder einmal, wie schnell Spott sich in Jubel verwandeln kann. Da gab es die erste Goldmedaille in der 96-jährigen Geschichte des Winterberger Bob- und Schlittensports. Merke: Man versteht hier zu warten, und, wenn es so weit ist, eiskalt zu genießen. JK

# Gerüstet für den Fall der Fälle

## Landtag debattiert Maßnahmen zum Schutz vor der Vogelgrippe

*Die Vogelgrippe hat Deutschland erreicht. Nur wenige Tage nach der Hiobsbotschaft von der Insel Rügen diskutierte der Landtag Mitte Februar im Rahmen einer aktuellen Stunde die notwendigen Konsequenzen für NRW. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden? Wie weit sind die Vorbereitungen gediehen? Diese Fragen prägten eine besorgte, aber auch sehr sachliche Aussprache jenseits aller etwaigen Lagerkämpfe.*

Marie-Luise Fasse (CDU) betonte, Landesregierung, Parlament und Ausschüsse hätten sich bereits wiederholt intensiv mit dieser Frage beschäftigt. „Die notwendigen und möglichen Maßnahmen sind getroffen worden.“ Den konstruktiven Dialog der Landesregierung mit den Tierhaltern halte sie für richtig, vorausschauend und klug. „Tierseuchenbekämpfung ist nie Selbstzweck, sondern dient dem Eigeninteresse der Landwirtschaft und dem Schutz der Bevölkerung“, erklärte sie und lobte in diesem Zusammen-

hang den Fünf-

stabsgerecht betrachten und keine unbegründeten Ängste schüren. Der ehemaligen Umweltministerin Bärbel Höhn von den Grünen warf der Liberale genau das aber vor. Auf der einen Seite spreche sie davon, Millionen Tiere zu keulen, halte aber die Stallpflicht für Aktionismus. Hier gehe es nur darum, mit Kritik in die Presse zu kommen, das sei offenbar die Leitlinie bei den Grünen: „Und das ist eine schlimme Sache.“

Stefanie Wiegand (SPD) sah hier typische Rollenverhalten von Opposition und Ko-

weiterhin Geflügelmist auf nordrhein-westfälischen Feldern ausgebracht werde. Und wie schütze man im Fall eines Ausbruchs die Menschen, unterstütze die Landwirte?

Johannes Rimmel (GRÜNE) ärgerte sich, dass der zuständige Minister nicht als erster über das Handeln der Regierung berichtet habe. Darüber hinaus wolle er sich nicht über ein Thema streiten, „bei dem wir alle zusammenstehen müssen“. Allerdings habe auch er ein paar Fragen. Ob Schwäne in NRW auch tagelang herumliegen könnten? Was passiere, wenn die Seuche auf Nutzgeflügel übergreife? Wie man kurzfristig die Geflügelzüchter unterstützen könne, die bisher auf Freilandhaltung gesetzt hätten? Und wie NRW sich ausreichend vor illegalen Importen schützen könne?

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) erklärte, das Aufstallungsgebot alleine reiche nicht aus, um eine mögliche Viruseinschleppung zu verhindern. „Unsere Schutzbemühungen zielen darauf ab, den Viruseintrag in unsere Nutzgeflügelbestände zu verhindern.“ Dabei müsse man der Gefahr illegaler Importe auch auf EU-Ebene begegnen. In NRW habe man die Flughafenkontrollen nochmals verstärkt. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen abzufedern,



Marie-Luise Fasse (CDU)

Fotos: Schälte

Holger Ellerbrock (FDP)

Stefanie Wiegand (SPD)

Johannes Rimmel (GRÜNE)

Verbraucherschutzminister  
Eckhard Uhlenberg (CDU)

punkteplan des Ministeriums:

Öffentlichkeitsarbeit, Ausweitung der Tierseuchenkontrolle, Beobachtung von Wildvögeln, Vorbereitung von Impfungen und die Einbindung freier Tierärzte. Der Vorrat an Medikamenten in NRW sei größer als in anderen Ländern, NRW sei insgesamt gut aufgestellt, aber die Einfuhrkontrollen müssten noch verstärkt werden.

Holger Ellerbrock (FDP) mahnte zur Besonnenheit: „Wir müssen zu einer vernünftigen Reaktion kommen. Nach Angaben der WHO sind bedauerlicherweise weltweit 90 Menschen gestorben, 165 infiziert.“ Dieses Risiko dürfe man nicht kleinreden, müsse es aber maß-

aliation fehl am Platze: „Wir müssen gemeinsam handeln.“ Dabei könne das zuständige Ministerium auf die guten Erfahrungen aus der Regierungszeit von Rot-Grün zurückgreifen: „2003 ist der Umgang mit der Geflügelpest beispielhaft gemanagt worden.“ Trotzdem sah sie noch viele Fragen offen. So brauche man neue Erkenntnisse, die „wir nur an lebenden Vögeln gewinnen können“, sagte sie und mahnte eine Einbindung beispielsweise der Biologischen Stationen an. Die seien hier prädestiniert und hätten ihre Hilfe auch bereits angeboten. Ein anderer Punkt sei, dass

sei der mobile Handel mit lebendem Geflügel nicht komplett verboten worden, sondern unter kontrollierten Bedingungen weiter erlaubt. Angesichts schwerer wirtschaftlicher Belastungen für die Landwirte suche man den „engen Schulterschluss mit den betroffenen Verbänden“. Für besorgte Verbraucher habe man eine Hotline eingerichtet. Auch der Minister übte Kritik an den Aussagen seiner Amtsvorgängerin Bärbel Höhn, die sich aus Berlin zu den Vorgängen geäußert hat. ■

# „Sparen über Jahre hinaus“

## Opposition kritisiert hohe Neuverschuldung und Kürzungen im Jugendbereich



Innenminister  
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Finanzminister  
Dr. Helmut Linssen (CDU)

Die Landesregierung hat Mitte Februar dem Landtag den NRW-Haushalt für 2006 vorgestellt. In seiner Einbringungsrede forderte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) eine „Kultur des Verzichts“. Es gelte, von Besitzständen Abschied zu nehmen. Der Sparkurs werde lang dauern und mühsam sein. Die Opposition ihrerseits bezeichnete den ersten schwarz-gelben Etatentwurf als „herzlos und ungerecht“. – Bei einem Gesamtvolumen von 48,5 Milliarden Euro sind 5,89 Milliarden für neue Kredite eingeplant – 2,23 Milliarden weniger als im letzten Jahr. Die Summe der Investitionen beträgt 4,5 Milliarden und liegt damit unter der Kreditaufnahme – „verfassungswidrig“ nannte das die SPD. Der Finanzminister bestritt dies: Wegen der rot-grünen „Erblast“ sei es „objektiv unmöglich“, diese Grenze einzuhalten.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) betonte bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs: „Wir brauchen künftig eine Kultur des Verzichts“. Angesichts der Verschuldung des Landes „dürfen wir nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse leben“. Der eingeschlagene Weg des Umsteuerns sei ein langer und mühsamer Prozess, fuhr der Finanzminister fort. Darum müssten neue Schulden gemacht werden, und die Neuverschuldung liege über der Summe der eigenfinanzierten Investitionen „und somit oberhalb der von der Verfassung vorgesehenen Grenze für die Kreditaufnahme“. Dennoch stehe dies mit der Verfassung im Einklang. Angesichts der prekären Finanzlage des Landes, die Rot-Grün hinterlassen habe, sei es der Landesregierung objektiv unmöglich, einen Haushalt aufzustellen, ohne die bundesrechtlichen Verpflichtungen und die verfassungsrechtlichen Aufgaben zu verletzen. Der Minister nannte eine Reihe von Sparmaßnahmen und sagte zu, die Einnahmenverbesserungen zum Schuldenabbau einzusetzen. Dennoch sei mit diesem Haushalt eine zukunftsorientierte politische Ziel- und Schwer-

punktsetzung gelungen. „Wir investieren in Kinder und Köpfe“, meinte Linssen mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, kritisierte den Entwurf als Indiz für „Politik ohne Herz und Verstand“. Schwarz-Gelb setze „radikal auf Markt und Wettbewerb“, auf die „Kraft des Stärkeren“. Kinder, Jugendliche und sozial Schwache „sind die Verlierer Ihrer Politik“. Denen sei nicht zu erklären, dass das Land einerseits „frisches Geld“ für die Landwirtschaftskammern, für den Flughafen Münster/Osnabrück und für die Polizeireiterstaffel zur Verfügung stellt, andererseits aber bei den Kindertagesstätten, dem Landesjugendplan und den Schülerfahrtkosten kürzt. Kraft: „Sie machen gerade die Kleinsten zu den größten Verlierern.“ Und das, obwohl der Ministerpräsident das „Jahr der Kinder“ ausgerufen habe. „Die Menschen erkennen, dass Ihre Wahlversprechen nichts mehr wert sind.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, kontierte: Rot-Grün klammere sich an eine Politik, „die objektiv gescheitert ist“. Die alte Landesregierung habe für ihre „zukunftsfeindliche Politik Milliarden Euro verheizt“, die Schwarz-

Gelb nun mühsam zurückzahlen müsse. Vor diesem Hintergrund sei es „ungehörig“, der heutigen Landesregierung „wegen der objektiven Unmöglichkeit“, die Kreditverfassungsgrenze in 2006 einzuhalten, Verfassungsbruch vorzuwerfen. Der vorgelegte Haushalt sei „ehrlich, realistisch und frei von Manipulationen“. Konsolidieren sei keine „vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung“, so Stahl. „Wir wissen, dass wir damit wehtun.“ Das habe man bereits vor der Landtagswahl angekündigt. „Weiter an der Schuldenspirale zu drehen heißt, sich weiter an unserer Zukunft, an unseren Kindern zu versündigen.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Landesregierung vor, sie habe die Menschen „wissentlich getäuscht“. Schwarz-Gelb habe sehr wohl um die Finanzsituation des Landes gewusst. „Sie haben den Menschen trotzdem das Blaue vom Himmel versprochen.“ Mit dem vorgelegten Entwurf habe sich die Landesregierung als „Abrisstruppe“ erwiesen. Statt der versprochenen Konsolidierung betreibe Schwarz-Gelb „schamlos Klientelpolitik“ und stürze das Land in eine neue Rekordverschuldung. Konkret kritisierte sie die versäumte Reduzierung der Steinkohlesubventionen („Kohle statt Kinder“) sowie die geplanten Mehrausga-



Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

ben für die Landwirtschaftskammern („Rinder statt Kinder“) und den Straßenbau („Beton statt Kinder“).

**Dr. Gerhard Papke**, FDP-Fraktionsvorsitzender, sprach von einem „Haushalt eines ehrbaren Kaufmanns“, der ehrlich und transparent sei und auf realistischen Annahmen basiere. An die Opposition: „Wer allein in den letzten zehn Jahren in NRW mehr als 45 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft hat, der sollte sich bei einer solchen Debatte etwas stärker zurücknehmen anstatt hier solche Töne anzuschlagen.“ Vor diesem Hintergrund sei es „der Gipfel“, wenn die SPD allen Ernstes ein beitragsfreies Kin-

dergartenjahr fordere. Stattdessen verdiene die Landesregierung Anerkennung dafür, dass es ihr trotz der schwierigen Haushaltslage gelungen sei, politische Schwerpunkte bei Bildung und Innovation zu setzen.

**Ministerpräsident Jürgen Rüttgers** (CDU) verteidigte den Etatentwurf als „finanzpolitisch seriös, wirtschaftspolitisch produktiv und sozialpolitisch fair und gerecht“. Im Interesse von wirtschaftlichem Wachstum und neuer Jobs würden die Konsolidierung und der Rückzug des Staates aus dem privaten Sektor vorangetrieben. Jeder werde Opfer bringen müssen. Aber: „Wir sparen nicht nur ein, sondern wir

investieren gleichzeitig in Zukunft, in Innovationen, in Schule, in Familienzentren und in die Förderung der Betreuung“. Der Ministerpräsident: „Wenn man unsere Investitionen in Schule, Weiterbildung, Kinder und Jugendhilfe in diesem Haushalt würdigt, kommt man dazu, dass für Kinder, Jugend und Bildung im Haushalt 2006 215,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen als im Vorgängerhaushalt“. SPD und Grüne seien für das unsocialste Schulsystem verantwortlich, hätten 112 Milliarden Schulden angehäuft, in der Integrationspolitik versagt und es nicht geschafft, dem Ruhrgebiet, der Zentralregion des Landes, den Durchbruch in eine gute Zukunft zu verschaffen. ■

## Neue Spielregeln für die Gemeindefinanzierung

*Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zwischen Rhein und Weser hängt ganz wesentlich von jenen Mitteln ab, die das Land im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) an die Städte und Gemeinden überweist. Und so diskutierten die Abgeordneten im Plenum leidenschaftlich über die zahlreichen Neuerungen des von Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) für die Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurfes zur Gemeindefinanzierung 2006.*

**Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP) konstatierte, die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres seien schwierig. Erfreulich sei jedoch der Anstieg des Gewerbesteueraufkommens in 2005 – immerhin um 13,7 Prozent auf etwa acht Milliarden Euro. Trotzdem hätten die Einnahmen der Kommunen deren Ausgaben nicht decken können, meinte er und verwies auf 10,2 Milliarden kommunalen Kassenkreditvolumens. In diesem Kontext schöpfe das Land seine finanziellen Möglichkeiten voll aus: „Wir halten den Verbundsatz von 23 Prozent, stellen 85 Prozent des Steuerverbundes als freie Deckungsmittel zur Verfügung.“ Gleichzeitig leite man durch Umstellung des Referenzzeitraumes einen bedeutenden Systemwechsel ein: „Ab sofort werden die exakt bekannten Steuer-Ist-Einnahmen in einem zurückliegenden Zeitraum zugrunde gelegt“, sagte Wolf. Der gleichzeitig geplante Verzicht auf ein Solidarbeitragsgesetz sei gut durchdacht und systemgerecht. Leistungsfähigere Gemeinden tragen demnach künftig mehr zu den Einheitslasten bei. Falsch sei, dass Landeszuweisungen gekürzt werden. Der Verzicht führe bei etwa 75 Prozent der Gemeinden zu finanziellen Vorteilen.

**Ralf Jäger** (SPD) fand es in Ordnung, dass Wolf das GFG „im Wesentlichen auf Grundlage dessen fortschreibe, was wir als Sozialdemokraten gesagt haben“. Allerdings fehle jeder Hinweis auf die Kürzungen jenseits des GFG – bei Kindergärten, Schülerfahrtkosten oder Jugendplan.

Er warf Wolf „kalte Abzocke zulasten der Gemeinden“ vor. Auch wenn gegen den neuen Referenzzeitraum nichts zu sagen sei, falle doch auf, „dass Sie dieses neue Instrumentarium zu einem Zeitpunkt anwenden, wo ein Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen zu verzeichnen ist“.

**Rainer Lux** (CDU) erklärte, die hohe Verschuldung habe sich über Jahre aufgebaut. Das vom Innenminister vorgelegte Gesetz wertete er als „großen Wurf“. Die Koalition setze sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sowie eine transparentere, gerechtere und planbare Verteilung der Mittel ein. Als Folge des alten Systems müssten die Kommunen 2006 beispielsweise 674 Millionen Euro zurückzahlen. Bei aller verständlichen Kritik am neuen GFG, so Lux, bleibe festzuhalten, „dass dieser Systemwechsel auf keinen Fall dazu führt, dass sich das Land Gelder der Kommunen einverleibt“.

**Horst Becker** (GRÜNE) stellte fest, die Landesregierung habe versprochen, 20 Millionen Euro draufzusatteln. Das tue sie nun nicht. Obwohl sie von der prekären Haushaltslage keinesfalls überrascht worden sei. Auch wenn drei Viertel der Kommunen Gewinner seien: Das letzte Viertel verliere erheblich, rechnete er vor und verwies auf Einbußen seiner Heimatstadt Lohmar. Es wäre doch „ein Wort gewesen“, sich das Minus der Kommunen – insgesamt 149 Millionen – für das Jahr 2006 zu teilen.



Fotos: Schälte

**Horst Engel** (FDP) sah die kommunale Selbstverwaltung „ernsthaft in Gefahr“. 198 von 427 Städten, Gemeinden und Kreisen gingen „am Gängelband der Bezirksregierungen“. Die Verantwortung dafür trage die heutige Opposition. Das neue Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 hingegen sei „allererster Balsam auf die finanziellen Wunden der Kommunen“. Die unkalkulierbare Gewerbesteuer müsse durch eine planbare Steuer ersetzt, die Grundsteuer reformiert werden. Die Rückzahlung der 674 Millionen sei sicher schmerzhaft, aber unabweisbar. Ebenso wie die Absenkung der Investitionspauschale um 20 Prozent. ■

# Chancen durch Energieeinsparung

## Fraktionen debattieren über Umsetzung des Bundesprogramms

*Das Bundeskabinett hat für die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung bis 2009 jährlich 1,4 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Lasst uns diese Mittel nutzen, um die Kommunen bei der Gebäudesanierung zu unterstützen, die heimische Bauwirtschaft anzukurbeln und den verminderten CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Rahmen des Emissionshandel zur Entlastung der heimischen Energiewirtschaft und Industrie einzusetzen. Soweit die Idee der SPD-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 14/1187). Das wurde im Plenum diskutiert und soll nun auf einstimmigen Beschluss in den Ausschüssen auf Umsetzbarkeit geprüft werden.*

**Dieter Hilser** (SPD) ärgerte sich darüber, dass die Landesregierung die Zusatzprogramme zur rationellen Energieverwendung erheblich zurückfahre. „Mit der unsozialen Politik und der Abkehr von jedem ökologischen Ansatz werden sie dieses Land zusätzlich spalten“, wandte er sich an den Landesbauminister und setzte auf Bundesbauminister Tiefensee als „wohltuendes Gegenstück“. Schließlich gehe es um Arbeit und Beschäftigung im Bausektor, um die Senkung der Kosten für Heizung und Warmwasser (im Schnitt 70 Euro pro Monat je Wohnung) sowie die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und damit um das Erreichen der Kyoto-Klimaschutzziele. „Jetzt sind Kommunen und Länder in der Pflicht, dieses Investitionsprogramm zu unterstützen“, sagte er und forderte zum Handeln auf.

**Heinz Sahren** (CDU) konterte, in Sachen Energie wollten sich Land und Bund unterschiedlichen Bereichen widmen. Der SPD-Abgeordnete habe zu Recht auf den Energieverbrauch von Haushalten hingewiesen; auch Betriebe müssten sich den Kostenblock Energie näher ansehen. Der Zusammenhang Emissionshan-

del, nationaler Allokationsplan und Energieeinsparung durch bauliche Veränderung sei jedoch Theorie. Das Programm der Bundesregierung begrüßte Sahren ausdrücklich, zumal gerade bei Altbauten in NRW Handlungsbedarf bestehe. Fast ein Drittel der Wohnungen sei zwischen 1948 und 1959 gebaut worden, entspreche in den Baustoffen nicht mehr heutiger Qualität und berücksichtige Wärme- wie Schallschutz nur unzureichend.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) zeigte sich ebenfalls über die im Bund festgeschriebenen Ansätze erfreut, warnte aber davor, dass das Geld am Ende beim Bundesfinanzminister bleibe. Darum müsse die Landesregierung Wohnungsbaugesellschaften und Kommunen ermutigen, das Programm zu nutzen, da vermisste er entsprechende Initiativen. Zweifel meldete er beim SPD-Ansatz an, die Emissionseinsparungen als Verfügungsmasse für Industrie und Energiewirtschaft zu nehmen: „Ich bin skeptisch, dass da viel übrig bleibt.“ Man müsse schauen, ob die Ziele im Verkehr erreicht würden. Kritik übte Priggen am Emissionshandel in der Energiewirtschaft. So sei bei Neubau des Braunkohlekraftwerks Niederaußem zugesagt worden, sechs alte Anlagen vom Netz zu nehmen und dadurch die CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern. Vier Jahre danach sei nur eine einzige Anlage vom Netz, von CO<sub>2</sub>-Einsparung keine Spur.

**Christof Rasche** (FDP) verwies auf eine vergangene Debatte, in der sich alle über die enormen energetischen Potenziale der Gebäudesanierung einig gewesen seien. „Mit dem vorliegenden Antrag erhält das Thema aber eine neue Dimension“, stellte Rasche fest und verwies auf ein „hervorragendes Positionspapier“ von Ministerium, Gewerkschaften und Wirtschaft zu diesem Thema. Die von der SPD vorgeschlagene Umschichtung von CO<sub>2</sub>-Minderungszielen könne tatsächlich ein weiterer Ansatzpunkt zur Entlastung der NRW-Industrie sein. Allerdings zweifelte auch er, ob die für den Sektor Verkehr und Haushalte vorgesehenen Ziele überhaupt erreicht werden können.

**Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) wehrte sich gegen den vom SPD-Antrag vermittelten Eindruck, die Landesregierung sei untätig. Die Regierung unterstütze die Kommunen schon aus eigenem Antrieb, es gebe die Energieagentur und die Wirtschaftsministerin habe mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau vereinbart, gemeinsam für das Programm zu werben. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Bundesmittel erst Mitte des Jahres bereitstünden. Mit Blick auf die Umwidmung der CO<sub>2</sub>-Minderung freute er sich zwar, „dass sich auch die Opposition für den Wirtschaftsstandort einsetzen will“. Zunächst müsse aber ein klarer Überblick her, wie sich das Mengengerüst auf die Sektoren verteile. Der Minister zeigte Konsenswillen, indem er die Anregung der antragstellenden Fraktion aufgriff, in den weiteren Beratungen nach Möglichkeit einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen anzustreben. ■



Foto: Schälte

## Verteilungspolitische Grabenkämpfe

### Landtag debattiert über sinnvollen Einsatz von Bundesmitteln in NRW

*Der Titel des Antrags spricht für sich: „Erhöhte Bundesverkehrsinvestitionen werden in NRW dringend benötigt – die Landesregierung muss sich beim Bund für diese Mittel mehr engagieren“, formulierte die SPD-Fraktion (Drs. 14/1188). Er sorgte während der Plenardebatte Mitte Februar für teils hitzige Diskussionen. Opposition und Koalition warfen sich gegenseitig verkehrspolitische Versäumnisse vor. Anlass für die Debatte war der Beschluss des Bundeskabinetts von Anfang Januar, die Verkehrsinvestitionen für den Zeitraum 2006 bis 2009 bundesweit um 4,3 Milliarden Euro zusätzlich zu den laufenden Investitionen zu erhöhen.*

**Bodo Wißen** (SPD) stellte der Landesregierung für ihre bisherige Verkehrspolitik ein schlechtes Zeugnis aus: Schwarz-Gelb habe vor der Wahl ein Sonderprogramm „Verkehrsinfrastruktur 2010“ angekündigt. „Hohe Erwartungen wurden geweckt und enttäuscht.“ Im vorgelegten Haushaltsentwurf suche man „vergeblich nach Mitteln für das versprochene Sonderprogramm“. Umso mehr stehe die Landesregierung jetzt in der Pflicht, dem Bund neue Verkehrsinfrastrukturprojekte zeitnah zur Finanzierung vorzuschlagen, „bevor es die anderen Bundesländer tun“. Mit der zusätzlichen Mittelbewilligung des Bundes bestehe „die klare Chance, Wachstum, Beschäftigung und Innovation nach NRW zu holen“. Schließlich seien Wirtschaftswachstum und Beschäftigung entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Er schloss mit dem Appell an die Landesregierung, diese Chance „schnell und gut zu ergreifen“.

**Bernd Schulte** (CDU) bezeichnete den SPD-Antrag als „klägliches Versuch“, die Versäumnisse der früheren Landesregierung bei der Berücksichtigung von NRW im Bundesverkehrswegeplan 2003 vergessen zu machen.

Durch die Blockadehaltung der grünen Umweltministerin Höhn sowie ihres Partei- und Amtskollegen auf Bundesebene, Minister Trittin, stehe das Land als „Verlierer beim Bundesverkehrswegeplan“ da. Viele Infrastrukturmaßnahmen seien damals an NRW vorbei in andere Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen geflossen. Für die neue Landesregierung sei es hingegen eine „Selbstverständlichkeit, die 2003 durch Rot-Grün in Berlin und Düsseldorf versenkten oder auf die Zeitschiene gehieften Schienen-, Autobahn- und Ortsumgehungsprojekte erneut auf die Rampe zu schieben“.

**Oliver Keymis** (GRÜNE) übte Kritik an dem Antrag des früheren Koalitionspartners: Er werde den verkehrspolitischen Bedürfnissen des Landes nicht gerecht. Die künftigen Verkehre auf der Straße werde man nicht durch Neubau von Straßen bewältigen können, so Keymis. Intelligente, fortschrittliche und ökologisch wie ökonomisch vertretbare Verkehrspolitik bedeute, das Vorhandene zu erhalten und nur an den Stellen auszubauen, an denen Verkehrspolitik dringende Bedarfe habe: „Auf der Schiene und auf dem Wasser“. Er unterstütze daher die Forderung der Bundes-Grünen, die 4,3 Milliarden Euro „nach Möglichkeit ausschließlich“ in

ein Sofortprogramm zur Sanierung der Bundes schienewege, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen fließen zu lassen. „Dies soll nach dem Verteilungsschlüssel 45:45:10 geschehen. Das ist richtig so“.

**Christof Rasche** (FDP) gab seinem Vorredner in dem Punkt Recht, dass NRW erheblichen Sanierungsbedarf im Bereich der bestehenden Verkehrsinfrastruktur habe. Gleichzeitig gebe es aber auch einen großen Bedarf beim Ausbau. „Denn wir haben in den nächsten Jahren unglaubliche Verkehrszuwächse. Die können wir mit dem bestehenden Verkehrsinfrastrukturnetz nicht bewältigen.“ Das Problem der Grünen sei ihre „hundertprozentige Aufstellung gegen den Verkehrsträger Straße“. NRW brauche hingegen eine ausgewogene Verkehrspolitik, „die wirklich alle Verkehrsträger – dazu gehören die Straße, die Schiene, die Luftfahrt, die Binnenschifffahrt und auch moderne Technologien – ausgewogen betrachtet und entsprechend in sie investiert“.

**Verkehrsminister Oliver Wittke** (CDU) wies den SPD-Antrag als „überflüssig“ zurück. Schwarz-Gelb habe sich von „ideologischen Blockaden“ der Vorgängerregierung gelöst. Diese habe selbst zu verantworten, dass es bei der Verkehrsinfrastruktur in NRW „an allen Ecken und Enden hapert“. Lange bevor der Antrag geschrieben worden sei, habe die Landesregierung bereits gehandelt und dafür gesorgt, „dass wir endlich wieder Planungsreserven anlegen können, damit nicht am Jahresende Mittel nach Berlin zurückgegeben werden müssen“.

# Mehr Qualität für Hauptschulen

## Parlament diskutiert gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen

*Hauptschulen in NRW wurden jahrzehntelang vernachlässigt. Das zumindest behaupten CDU und FDP. Die Opposition weist diesen Vorwurf entschieden zurück. Hintergrund der Auseinandersetzung ist ein Antrag der Koalitionsfraktionen „Qualitätsoffensive für unsere Hauptschulen - Bessere Chancen für alle Hauptschüler schaffen“ (Drs. 14/1194), der Mitte Februar im Plenum diskutiert wurde.*

Bernhard Recker (CDU) warf der alten Landesregierung vor, sie habe die Hauptschulen gegenüber anderen Schulformen „jahrzehntelang massiv benachteiligt“. Durch die geplante Qualitätsoffensive sollen die Hauptschüler neben Grundfertigkeiten wie Lesen, Rechnen und Schreiben auch verstärkt wirtschaftliche, soziale und technische Grundkenntnisse erwerben und somit zu „Profis für die Praxis“ werden. Jeder müsse wissen: „Wer diese Schulform besucht hat, hat auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance für das weitere Leben.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) fasste die Ziele des Antrags zusammen: „50.000 vollwertige Ganztagsplätze bis 2010, 250 dauerhaft eingerichtete Stellen für Sozialpädagogen und 500 zusätzliche Lehrerstellen für individuelle Förderung, dazu ein neues und konsequent durchdachtes pädagogisches Konzept“. Dies alles sei eine „rundherum gelungene Initiative“. Sie sei zuversichtlich, dass dadurch die Hauptschulabsolventen in Zukunft wieder eine „echte Teilhabe am Ausbildungsmarkt“ haben werden.

Renate Hendricks (SPD) war bemüht, die Euphorie auf Seiten der Antragsteller zu dämpfen: CDU und FDP feierten „eine Wende, die eigentlich keine ist“. Der Antrag sei ein „Herumdoktern an Symptomen und ein Rückschritt in

die 50-er Jahre“. Er setzte voraus, dass Kinder bereits mit „schulformbezogenen Begabungen“ geboren würden. „Kinder, die mit einer entsprechenden Förderung auch an einer anderen Schulform eine reelle Chance hätten, einen anderen Schulabschluss zu machen, grenzen Sie mit diesen Plänen aus.“

Sigrid Beer (GRÜNE) meinte, die Probleme der Hauptschule resultierten daraus, dass der Hauptschulabschluss „keine Zukunftsoption auf einem Arbeitsmarkt hat, der nach hoch qualifizierten Abschlüssen verlangt“. Aktuell belaste Schwarz-Gelb die Hauptschulen zusätzlich, indem sie ihr so genanntes „begabungsgerechtes Schulsystem“ perfektionieren wollten. Die Koalition habe sich noch nicht grundlegend von der Idee verabschiedet, „dass durch drei Schulformen dreierlei Menschen repräsentiert werden“.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) nannte den Antrag ein „ambitioniertes Vorhaben“, das zur Entkopplung des schulischen Erfolgs von der sozialen Herkunft von Kindern beitrage. „Es kann nicht wirklich jemand gegen die Ganztags Hauptschule sein“, so die Ministerin. Pisa-Studie und Lernstandserhebungen hätten deutlich gemacht: Hauptschülern mangelt es an grundlegenden Kompetenzen und damit

an Chancen auf eine berufliche Zukunft. „Das muss geändert werden!“

Ute Schäfer (SPD) wies den Vorwurf, die Hauptschulen seien unter Rot-Grün vernachlässigt worden, als „üble Unterstellung“ zurück. Gleichzeitig warf sie der Landesregierung Fehler bei der Umsetzung ihrer Qualitätsoffensive vor: Entgegen der Ankündigung, vorrangig Hauptschulen in sozial benachteiligten Ballungsräumen in Ganztags Hauptschulen umwandeln zu wollen, seien zunächst fast ausschließlich Schulen im ländlichen Raum mit geringen Migrantenanteil berücksichtigt worden.

Horst Ellinghaus (CDU) hielt Rot-Grün vor: „Wir lassen die Hauptschulen nicht im Stich, während Sie jahrelang die Gesamtschulen bevorzugt haben.“ Ziel der Qualitätsoffensive sei eine Verzahnung des Unterrichts mit außerschulischen Aktivitäten und Angeboten. Konkret gehe es nicht nur um den Erwerb von Zusatzqualifikationen, sondern auch um die Förderung von Neigungen und Interessen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wollte nicht in Abrede stellen, dass es der CDU um eine Stärkung der Hauptschulen gehe. „Es müsste Ihnen aber doch zu denken geben, dass andere CDU-regierte Bundesländer dies auch versucht haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, dass sie gescheitert sind.“ Trotzdem werde die grüne Fraktion der Überweisung des Antrags an den Schulausschuss zustimmen.

Ralf Witzel (FDP) stellte fest, dass der Landtag das Thema Hauptschule in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt habe: Der letzte Beschluss stamme von Anfang 2000. Damals habe Rot-Grün beschlossen, die Hauptschulen zu stärken. Seitdem sei aber nichts passiert. Die Konzentration der alten Landesregierung auf die Gesamtschulen hätte „funktionierende Hauptschulen systematisch kaputt gemacht“.



## Sein erster offizieller Termin ...

... als neuer polnischer Generalkonsul galt dem Landtag NRW. Andrzej Kaczorowski (r.) nutzte den Antrittsbesuch bei Landtagspräsidentin Regina van Dinter (l.), sich der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe vorzustellen. Vereinbart wurde dabei eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen NRW und dem Partnerland Schlesien.

Foto: Schälte

# Streit ums Elterngeld

## Grüne verlangen Ausbau des Betreuungsangebots vor steuerlicher Entlastung

„Der Landtag unterstützt die Haltung von Minister Laschet: „Unsere Priorität ist der Ausbau von Betreuung“ – mit diesem Satz versuchten die Grünen (Drs. 14/1195), die anderen Fraktionen im Landtag darauf festzulegen, die Berliner Pläne für ein Elterngeld zugunsten von Investitionen in Betreuungsangebote abzulehnen. Das gelang nicht: „Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt“, lautete das Ergebnis nach der Abstimmung im Plenum am 16. Februar.

Andrea Asch (GRÜNE) unterstrich, in der Familienpolitik sei das Gebot der Stunde: Infrastruktur vor finanzieller Entlastung. Die Pläne der Bundesregierung mit dem Elterngeld seien bloß fiskalisch: „Wer mehr hat, bekommt jetzt auch noch mehr dazu“. Das sei unsozial und ungerecht und verfestige zudem das Problem der Kinderarmut in Deutschland. Familien bräuchten zunächst eine verlässliche Infrastruktur, ausreichend Betreuungsplätze – „und zwar gerade auch für die Kleinsten“. Eltern müssten wissen, dass ihre Kinder gut versorgt sind, wenn sie ihrer Berufstätigkeit nachgehen. Die Grünen stellten das Kind in den Mittelpunkt der Anstrengungen, „uns geht es um die optimale Förderung von Kindern“. Man sollte nicht so tun, als ob alles gelöst wäre, wenn die Eltern ein paar Euro mehr in der Tasche hätten.

Andrea Milz (CDU) fand, die Grünen stellten den Antrag nur, um die CDU „ein bisschen zu ärgern“. Sie könnten es sich sparen, die Koalition zur Unterstützung von Familienminister Laschet aufzufordern, „das tun wir wirklich aus voller Überzeugung“. Es wäre falsch, dem Antrag, so wie er gestellt ist, zuzustimmen, denn das würde den Minister „enorm binden“. Man brauche auch keine Nachhilfe. Die Wege seien vielfältig, die austariert werden müssten, um für Familien und Kinder das Beste zu tun.

Karl-Heinz Haseloh (SPD) stellte für seine Fraktion fest: „Wir werden den vorliegenden Antrag nicht mittragen“. Wenn die Grünen wirklich dafür seien, Kinder unabhängig vom Portmonee der Eltern zu fördern und zu helfen, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bekommen, warum seien sie dann gegen die Einführung des Elterngeldes? Es federe den Einkommensausfall deutlich ab; die nordischen Nachbarländer hätten damit gute Erfahrungen gemacht. Mit der geforderten Unterstützung für Minister Laschet sei das so eine Sache: Der kürze massiv bei den Kindergärten und bei der gesamten Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien. Weil damit nur das Land einseitig entlastet werde, stiegen somit

die Belastungen der Kommunen und Kreise erheblich, betonte der Abgeordnete.

Ralf Witzel (FDP) sah keinen Dissens zwischen den beiden Koalitionsfraktionen: „Deshalb werden wir Ihren Antrag gemeinsam ablehnen“. Der sei zu kurz gesprungen, weil er die Familienpolitik auf den Ausbau der Betreuungsangebote reduziere. Witzel: „Betreuung ist nicht alles“. Nachhaltige Familienpolitik sei eine „echte Querschnittsaufgabe, die Zukunftschancen sichert“. Eine erfolgreiche Familienpolitik trage dem Bedürfnis nach materieller Unabhängigkeit – vor allem von Transferleistungen des Staates – und beruflichem Fortkommen trotz Kind Rechnung. „Aber Familienpolitik darf sich auch nicht überschätzen. Denn Politik kann eben nicht alle Ursachen von Kinderlosigkeit beheben“. Die Aufregung der Grünen wegen des Elterngeldes sei nicht nachvollziehbar. Über die genaue Ausgestaltung müsse aber diskutiert werden.

Familienminister Armin Laschet (CDU) kam zum Grundsätzlichen: „Wir geben in der gesamten europäischen Union mit das meiste Geld für Familienpolitik aus. Trotzdem haben wir mit die geringste Geburtenrate der Europäischen Union. Da ist im System etwas falsch; dieses Geld wird nicht da eingesetzt, wo es eingesetzt werden müsste“. Darum sei eine Debatte über richtige Prioritätensetzung sehr wichtig, befand der Minister. Er sei der Meinung, dass das Elterngeld ein Schritt zurück sei, und er wundere sich sehr über die Zustimmung der SPD. „Zum ersten Mal werden Kinder nicht mehr gleich behandelt, zum ersten Mal wird die Tochter einer Rechtsanwaltsgehilfin anders behandelt als die Tochter der Rechtsanwältin“. Laschet: „Es hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, wenn die Kinder der Reichen mehr Geld bekommen als die Kinder sozial Schwächerer“. Darum halte er, wenn schon so viel Geld in die Hand genommen werde, den Ansatz für richtig, „erst einmal das Betreuungsangebot auszubauen“. Die Prioritäten müssten so lauten: Betreu-



Andrea Asch (GRÜNE)

Andrea Milz (CDU)

Karl-Heinz Haseloh (SPD)

Ralf Witzel (FDP)

Familienminister  
Armin Laschet (CDU)

Fotos: Schälte

ungsangebot verbessern, Ganztagschulen ausbauen, familienfreundlichere Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben und die Qualität der Betreuung verbessern. Warum er dem grünen Antrag nicht zustimmen könne, liege an dem Umstand, dass Familien durch die neuen Beschlüsse der Großen Koalition ganz erheblich entlastet würden. ■



Sie sind hier  
zu Gast  
in einem Privatwald

## „Niemand denkt an Waldmaut“

### Grüne: Landesregierung will Jahrzehnte alten Konsens kündigen

*Für Beratungs- und Betreuungsleistungen soll der Landesbetrieb Wald und Holz künftig Gebühren verlangen. Das sehe eine von der Regierung angekündigte Änderung des Landesforstgesetzes vor, erklären die Grünen in ihrem Antrag „Keine neue Bürokratie und Gebühren: Keine ‚Waldmaut‘ in NRW!“ (Drs. 14/1196). Der Antrag wurde an den Umweltausschuss überwiesen.*

Johannes Rimmel (GRÜNE) nannte es einen Aprilscherz, wenn wegen der Waldpolitik der neuen Regierung künftig Veranstaltungen wie Volksläufe, organisierte Wanderungen, Radtouren oder Kutschfahrten einer Gebührenpflicht unterzogen würden. Damit werde ein jahrzehntelanger Konsens aufgekündigt: Auf der einen Seite ein kostenloses Waldbetretrungsrecht (für jedermann), auf der anderen Seite eine kostenlose Beratungsleistung des Landes (für die Waldeigner). Diesen Inhalt habe der von der Landesregierung angekündigte Gesetzentwurf. Darum sollte das Gesetz schleunigst zurückgezogen und der alte Zustand wieder hergestellt werden.

Clemens Pick (CDU) sah keine Notwendigkeit für den Antrag der Grünen, denn von einer Waldmaut stehe nirgendwo etwas, auch nicht in einem Gesetzentwurf. Es werde auch kein Konsens gekündigt. Das Haushaltsbegleitgesetz werde fachlich und nicht emotional diskutiert. Den Schluss zu ziehen, dass die Einführung der Waldmaut die Folge wäre, sei „schlicht und ergreifend ebenfalls falsch“. Pick: „Die neue Landesregierung wird eine Waldpolitik formulieren, die den Anliegen der Menschen in unserem Land gerecht wird“.

Annette Watermann-Krass (SPD) meinte, der zuständige Minister wolle zwar am Fortbestand

der Landesforstverwaltung als Einheitsforstverwaltung festhalten, „aber bei den jetzt vorliegenden Kürzungsvorschlägen müssen wir feststellen: Es finden sich Kürzungen der Landeszuschüsse an den Landesbetrieb in so erheblichem Maße, dass sich der Eindruck aufdrängt, die Landesregierung ist an einer erfolgreichen Weiterarbeit des Landesbetriebes Wald und Forst nicht wirklich interessiert“. Ob die jetzt beabsichtigten Gebühren die fehlenden Landesmittel ersetzen sollen? Solche Gebühren seien gerade im Bereich Beratung und Aufklärung für eine nachhaltige Forstwirtschaft nicht angebracht.

Holger Ellerbrock (FDP) sagte: „Ich stelle jetzt einfach nur für meine Fraktion Folgendes fest: Eine Betretungsgebühr für den Wald steht nicht zur Debatte. Für Sonderleistungen, Großveranstaltungen, muss eine Finanzierung erfolgen. Damit haben wir keine Probleme“. Wenn im Wald kommerzielle Veranstaltungen wie zum Beispiel Bulldozerrennen stattfinden, müsse man darüber reden, wie die zusätzlichen Leistungen finanziert würden. Das habe mit dem Betretungsrecht nichts zu tun, betonte der Abgeordnete.

Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) bestätigte: „Es gab und gibt keine Pläne der Landesregierung, eine Waldmaut einzuführen. In Nordrhein-Westfalen gilt das allgemeine Waldbetretrungsrecht. Dieses Waldbetretrungsrecht ist in Paragraph 14 des Bundeswaldgesetzes und in Paragraph 2 des Landesforstgesetzes geregelt“. Und nochmals: „Ich kann Ihnen versichern, dass niemand in der Landesregierung die Absicht hat, eine Waldmaut einzuführen“.

## Verlässlichkeit eingefordert

### Fraktionen: Beim Biodiesel gegebene Zusagen einhalten!

*Die im Landtag vertretenen Fraktionen sind gegen Berliner Pläne, die Besteuerung von Biokraftstoffen früher als ursprünglich vorgesehen einzuführen. Ein entsprechender Antrag der Grünen (Drs. 14/1197) wurde einstimmig an den Umweltausschuss überwiesen.*

Reiner Priggen (GRÜNE) fand, man könne die Industrie nicht für Investitionen gewinnen und dann die Verlässlichkeit durchbrechen. Die Bundesregierung beabsichtige, die Steuerbefreiung für Biotreibstoffe, die bis Ende 2009 gedacht war, schon im August 2006 auslaufen zu lassen.

Christian Weisbrich (CDU) betonte ebenfalls den Anspruch auf Verlässlichkeit, vor allem bei beträchtlichen Investitionen. Die Erzeuger von

Biokraftstoffen könnten sich sicher sein, „dass diese Landesregierung das ganze Gewicht von Nordrhein-Westfalen auch gegenüber der Bundesregierung zum Tragen bringen wird“.

Uwe Leuchtenberg (SPD) sah finanzielle Förderung bei Markteinführung und Marktfestigung als berechtigt an, „dies bedeutet aber nicht Steuerbefreiung auf alle Ewigkeit“. Allerdings müssten zugesagte Förderungen eingehalten werden,

sonst würden Fortschritte beim Absatz von Biodiesel und der weitere Aufbau eines Biodieselmärktes gefährdet.

Holger Ellerbrock (FDP) stimmte der Position zu, wonach Verträge einzuhalten sind. Die Betroffenen müssten sicher kalkulieren können. „Man mag im Einzelfall durchaus eine andere Ansicht vertreten, aber das, worauf man sich verständigt hat, muss eingehalten werden“.

Minister Eckhard Uhlenberg (CDU) machte darauf aufmerksam, dass die Überlegungen auf einem Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums beruhen, nicht auf einem Gesetzentwurf der Bundesregierung. Ihm, Uhlenberg, gingen die Vorschläge zu weit. Gerade im Hinblick auf Klimaschutz und der Importabhängigkeit bei Energie müssten neue Wege beschritten werden und werde Planungssicherheit benötigt.

# „Wir in Südwestfalen“

## Porträt einer fleißigen und ruhigen Region

*Wer bei Sauerland und Siegerland nur an unendliche Wälder, hohe Berge und einsame Landschaften denkt, liegt falsch: Es sind uralte Industrieregionen. Holzreichtum, Bodenschätze und das reichlich vorhandene Wasser haben schon vor dem 19. Jahrhundert Erzgruben und Schmieden, Hochöfen, Mühlen und Hämmer in den Tälern des Mittelgebirges entstehen lassen.*

Auch heute noch ist das Sauerland mit dem höchsten Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe die „heimliche“ Industrieregion Nordrhein-Westfalens. Das Siegerland zählt zu den ältesten Montanregionen Europas. Überall im Land finden sich die Zeugen dieser Vergangenheit. Trotzdem sind beide Regionen nicht zu Museen verkommen. Fleiß, Wissen und Fähigkeiten der Menschen haben sich über Generationen entwickelt und bis heute erhalten. Mit diesem Kapital lässt sich die Zukunft gewinnen.

Die später folgenden industriellen Gießereien und Walzwerke haben oft metallverarbeitende Betriebe nach sich gezogen: Armaturen, Schalter, Lampen, Leuchten, Schrauben, Federn, Stanzteile, Fassungen von Leuchtstoffröhren und Glühbirnen werden hergestellt und gehen oft in den Export – die „Global Player“ sitzen im Sauerland oder in Siegen-Wittgenstein und besetzen von hier aus die Nischenmärkte.

Sportböden aus dem Wittgensteiner Land sind bekannt. In Iserlohn ist Europas größtes Kettenwerk beheimatet. Hochwertige Bauteile aus der Region wandern in die Fahrwerke von Düsenjets. Ausrüstungen für den Bergbau und Spezialmaschinen für jeden nur denkbaren Werkstoff finden in Europa und Übersee ihre Abnehmer. Neben der Metallbearbeitung ist die Kunststoffverarbeitung ein wichtiges Standbein. Die Automobilindustrie steht mit Elektroniksystemen auf der Kundenliste. Sie bestückt unter anderem damit ABS-Bremsanlagen.

Lüdenscheid wirbt für sich als Stadt des Lichts – mit gutem Grund: Beleuchtungssysteme der Firma Erco weisen im Pariser Louvre ebenso gut den Weg wie in dem Wolkenkratzer der Hongkong-Shanghai-Bank. Ein paar Kilometer weiter nordöstlich von Lüdenscheid macht Neheim-Hüsten mit dem Etikett „Leuchtenstadt“ und dem agilen mittelständischen Hersteller Honsel auf sich aufmerksam.

Nach den Turbulenzen der Vergangenheit hat sich der Dehler-Yachtbau in Meschede wieder gefangen und hofft endlich auf eine Zukunft, die dem hervorragenden Ruf der Segelschiffe aus Freienohl entspricht.

Wer arbeitet, darf auch essen und trinken (und feiern). Davon verstehen die Menschen in Südwestfalen einiges. „Bestes aus Fleisch“ – mit diesem Slogan preist der traditionsrei-

che Fleischwarenhersteller Metten aus Finnentrop sein Sortiment von über 80 Produkten an. Längst nicht nur Pils, sondern auch die angesagten Bier-Mixgetränke fließen in die Flaschen der Abfüllanlagen der bekannten Brauereien in Grevenstein, Krombach und Warstein und finden ihren Weg in alle Welt. In Soest wird ein Pumpernickel gebacken, der Freunde und Abnehmer sogar in den USA hat.

Die Region unterhält in Hilchenbach ein eigenes professionelles Orchester, das sich seit 1992 Philharmonie Südwestfalen/Landesorchester NRW nennt. Die Karl-May-Festspiele in Elspe sind auch nach Pierre Brice als Winnetou ein Publikumsmagnet geblieben.

Das Sauerland hat einen Bundespräsidenten gestellt, Heinrich Lübke stammte aus Enkhausen in der Nähe des Sorpesees. Der Fabrikant Wilhelm Münker und der Volksschullehrer Richard Schirrmann gründeten 1912 die erste Jugendherberge auf der Burg Altena. Religionsunruhen verschlugen den Antwerpener Rechtsanwalt Jan Rubens und seine Frau Maria nach Siegen; 1577 wurde dort ihr Sohn Peter Paul, der größte flämische Barockmaler, geboren. Das „Jägerken von Soest“, 1976 als Repräsentationsfigur geschaffen, erinnert an den Roman „Simplicius Simplicissimus“ des Hans Jacob Christoph von Grimmelshausen. Bei der „Criminale“ vor knapp einem Jahr machten hochrangige Krimi-Autoren aus dem deutsch-



Flintenläufe, Messer, Sensen und Federn waren die Produkte der Wendener Hütte zwischen Olpe und Siegen. Als eine der ältesten Holzkohlehochofenanlagen wurde sie in der Zeit der Frühindustrialisierung im Jahr 1728 gegründet und 1860 stillgelegt.

Foto: Heintze

Jedes Jahr fiebern die rund 150.000 im Sauerländischen Schützenbund zusammengeschlossenen Menschen dem Höhepunkt der Saison entgegen, dem alljährlichen Schützenfest. Der Sauerländische Gebirgsverein bringt „nur“ 50.000 Wanderer auf die Beine. Im südlichen Teil der Region sind es vor allem die zahlreichen Heimatvereine, die mit ihrem regen Leben die Menschen an sich binden.

Wer den südlichen Landesteil in der Nachbarschaft zu Hessen und Rheinland-Pfalz als „kulturelle Wüste“ abtut, hat keine Ahnung.

sprachigen Raum den gastgebenden Hochsauerlandkreis unsicher.

Auch in der bildenden Kunst des Mittelalters hat sich das Sauerland verewigt. Als „westfälisches Abendmahl“ wird ein buntes Glasfenster in der Nordwand der Wiesenkirche in Soest tituliert. Jesus sitzt mit seinen Jüngern beim letzten Abendmahl: Bier, ein Schinken und Pumpernickel sind aufgetischt. Denn das wusste und danach richtete man sich in Südwestfalen schon immer: „Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen.“

JK

# Industrieregion im Grünen

## Interviews mit Landtagsabgeordneten aus Südwestfalen

*Bis heute gehören Sauerland und Siegerland mit zu den weniger bekannten und daher oftmals unterschätzten Regionen in NRW. Lediglich das volkstümliche Klischee vom „sturen“ Westfalen (im Gegensatz zum „oberflächlichen“ Rheinländer) scheint in den Köpfen der Menschen fest verwurzelt zu sein. Was jedoch viele nicht wissen: Die fünf südwestfälischen Kreise Soest, Olpe, Siegen-Wittgenstein sowie der Märkische Kreis und der Hochsauerlandkreis gelten als innovative und dynamische Wirtschaftsstandorte und als „Wiege des Mittelstands“. Landtag intern sprach darüber mit Abgeordneten aus der Region: Monika Brunert-Jetter (CDU), Dr. Karsten Rudolph (SPD), Johannes Remmel (GRÜNE) und Angela Freimuth (FDP).*

**Südwestfalen – die unbekannteste, unterschätzte Region? Wo liegen die wirtschaftlichen Stärken von Sauerland und Siegerland und wo die Probleme?**

**Brunert-Jetter:** Unsere Stärke ist einerseits die wunderschöne Landschaft. Gerade der Kreis Siegen-Wittgenstein ist der waldreichste Kreis in ganz Deutschland. Andererseits haben wir aber auch eine starke industrielle Basis und leistungsfähige mittelständische Unternehmen mit Weltstandard. Südwestfalen ist eine Indus-

assoziiert werden als eine Wirtschaftsregion. In NRW haben wir das Rheinland als ständig prosperierende Region, wir haben das Ruhrgebiet mit einem großen Hunger nach Subventionen und wir haben Westfalen als die größte Selbsthilfegruppe der Welt. Natürlich gibt es aber auch in Südwestfalen noch Defizite. Dazu gehört die Verkehrsinfrastruktur, die in einigen Bereichen dringend ausgebaut werden muss. Ich denke da beispielsweise an die mangelhafte, überregionale Verkehrsanbindung für das Wittgensteiner Land, den Hochsauerlandkreis oder Teile des Märkischen Kreises.

**Dr. Rudolph:** Die Stärken der Region liegen darin, dass wir eine hoch spezialisierte klein- und mittelständische Industrielandschaft mit einer überaus motivierten und vergleichsweise gut qualifizierten Arbeitnehmerschaft vorweisen können, die darüber hinaus erstaunlich erfolgreich im Export ist und vielfach mit ihren Nischenprodukten zu den Weltmarktführern zählt. Was die Region insgesamt von anderen Regionen abhebt ist die Tatsache, dass hier sehr viel gearbeitet wird. Verglichen mit dem Ruhrgebiet haben wir beispielsweise im Sauer- und Siegerland einen viel höheren Anteil an Industriearbeiterschaft. Das fällt oftmals aber nicht direkt ins Auge, da die Landschaft sehr grün oder – wie derzeit – sehr weiß ist, und daher eher für eine reine Urlaubsregion gehalten wird. Defizite gibt es hingegen noch beim Aufbau von unternehmensorientierten Dienstleistungen sowie in punkto Urbanität. In diesen Bereichen sind Rheinland und Ruhrgebiet besser aufgestellt. Hier muss die Region aufholen.

**Remmel:** Sauerland und Siegerland zeichnen insgesamt eine mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur aus. Mit Blick auf die in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens mitunter missliche Lage des Mittelstands, geht die Region hier mit gutem Beispiel voran. Zu ihren wirtschaftlichen Stärken gehören zweifellos der Maschinenbau-Zweig sowie der Bereich der Automobilzuliefer-Industrie. Ich denke beispielsweise an Firmen wie HJS in Menden als Hersteller von Partikelfiltern für Dieselfahrzeuge. Ansonsten ist das Siegerland auch historisch durch die Stahlindustrie und von Gießereien geprägt – vor dem Hintergrund der weltweit wachsenden Stahlnachfrage ein zukunftsträchtiger Industriezweig.

Probleme gibt es hingegen im Bereich von Innovation und Wissenstransfer. Konkret geht es um die Frage, wie sich das, was an Innovationen vorhanden ist, auch in den heimischen Mittelstand implementieren lässt. Dabei helfen keine



Monika Brunert-Jetter (CDU)

trieregion im Grünen. Wir haben qualifizierte und motivierte Menschen, die ihre Heimat lieben und dort auch leben und arbeiten wollen. Tatsächlich ist es aber so, dass Sauer- und Siegerland bis heute oft unterschätzt werden, da mit unserer Region andere Schwerpunkte



Dr. Karsten Rudolph (SPD)

Leuchtturmprojekte, sondern hier ist eine stärkere Vernetzungsarbeit gefragt, wie sie beispielsweise die Effizienzagentur des Landes leistet.

**Freimuth:** Südwestfalen ist mein Zuhause. Unsere Stärken sind Hartnäckigkeit, Kreativität und der Wille, aus den Gegebenheiten das Beste zu machen. Wir sind eine vielfältige Wirtschaftsregion, in der Innovation Tradition ist. Südwestfälische Handwerker und Unternehmer haben immer schon geforscht, neue Technologien und neue Produkte entwickelt. In einer stark mittelständischen Unternehmenslandschaft besteht deshalb auch eine enge Kooperation mit unseren Hochschulen und Schulen. Südwestfälische Unternehmer und ihre Mitarbeiter engagieren sich in vielen sozialen und kulturellen Bereichen. Südwestfälische Unternehmen sind Weltmarktführer, zum Beispiel in der Leuchtenindustrie. Eine Herausforderung

ist in weiten Teilen aber noch die Verkehrsinfrastruktur. Gerade Unternehmen im Wittgensteiner Raum, in östlichen Teilen des Kreises Olpe und des Märkischen Kreises sowie in Teilen des Hochsauerlandkreises wünschen sich eine bessere Anbindung an das Autobahnnetz. Defizite in diesen Bereichen erschweren leider viele Standort- und Investitionsentscheidungen zugunsten Südwestfalens.

**Die Ansprüche im Tourismus wandeln sich. Ist die Urlaubsregion Sauer- und Siegerland konkurrenzfähig und zeitgemäß aufgestellt?**

**Brunert-Jetter:** Aus meiner Sicht sind wir auf dem besten Wege, unser Angebot auf die heutigen Ansprüche auszurichten. In den 70-er Jahren war es noch so, dass Familien aus den nahe gelegenen Ballungszentren gerne ihren mehrwöchigen Jahresurlaub in einer einfachen Pension im

Sauer- oder Siegerland verbracht haben. Das ist jedoch längst nicht mehr gefragt und darauf hat das Hotel- und Gaststättengewerbe reagiert. Zur neuen „Urlaubskultur“ gehören vor allen Dingen Kurzurlaube, Wellness-Reisen sowie an (Sport-)Events orientierte Urlaube. Ich denke beispielsweise an den ganzen Bereich des Wintersports, aber eben auch an Wandern, Klettern oder Mountainbiking. Hier hat in den vergangenen zehn Jahren ein enormer Entwicklungsschub stattgefunden. Dafür sprechen auch die steigenden Tourismuszahlen in unserer Region.

**Dr. Rudolph:** Hier hat sich nach meinem Eindruck in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Erstens, indem es die Tourismusbranche in Sauer- und Siegerland zunehmend besser schafft, gemeinsam als eine Region am Markt aufzutreten. Zweitens hat die Branche gemerkt, dass Kundenfreundlichkeit, Service sowie individuell gestaltete und verstärkt auf Kurzurlauber ausgerichtete Angebote Schlüssel zum Erfolg sind. Zum Beispiel konnte man noch vor wenigen Jahren längst nicht in jedem Hotel ein Zimmer mieten, wenn man nur für eine Nacht bleiben wollte. Das hat sich Gott sei Dank geändert. Auch das Land hat hier einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die touristische Attraktivität der Region zu steigern, indem es verstärkt in den Auf- und Ausbau der Infrastruktur investiert hat.



Johannes Remmel (GRÜNE)

**Remmel:** Die Region bietet natürlich eine Reihe von Highlights wie Winterberg als Anlaufpunkt für Wintersportler, die ganze Ferienregion um den Biggesee, die sich sehr stark im Familientourismus profiliert hat, sowie der Rothaarsteig als national und mittlerweile auch international etablierter Wanderweg. Diese Gebiete verzeichnen seit Jahren stetig Zuwachsraten was Frequentierung und Übernachtungszahlen betrifft. Andere, mitunter nicht minder attraktive Teile der Region sind jedoch oftmals die Leidtragenden dieser Tourismusschwerpunkte. Mittlerweile ist es längst nicht mehr zeitgemäß und sinnvoll, nur einzelne „Kirchtürme“ statt einer ganzen Region touristisch zu vermarkten. Dabei darf auch der Bereich des Low-Level-Individualtourismus' nicht

ausgespart werden. Hier gibt es Nachholbedarf. Wir brauchen ein Umdenken: Kooperation statt Abgrenzung lautet die Devise.

**Freimuth:** Das Sauer- und Siegerland bietet Urlaubs- und Erlebnisangebote für Familien mit Kindern, aber auch für Singles. Natur, Kultur oder einfach Faulenzen sind bei uns möglich. Im Sommer kann ich in den unzähligen Talsperren in wunderschöner Landschaft schwimmen, an einigen sogar surfen, segeln und Wasserski fahren. Im Winter Skifahren in Winterberg, Rodeln in Ebbe- oder Rothaargebirge. Ein gut ausgebautes Wanderwege-Netz lädt ganzjährig zum Entdecken der Natur ein. Es gibt Ferien auf dem Bauernhof ebenso wie die Wellness- and Beauty-Oasen zum Entspannen. Zahlreiche Museen, aktive Chöre, Orchester und eine Vielzahl unterschiedlichster Künstlerinnen und Künstler laden auch zum Entdecken der Kulturregion Südwestfalen ein. Auf gut deutsch: Alles da; Natur, Kultur sowie serviceorientierte Gastronomie und Hotellerie. Und natürlich wir Südwestfalen. Besser werden können wir allerdings



Angela Freimuth (FDP)

Fotos: Schälte

noch in der Vernetzung unserer regionalen Angebote und natürlich in der Bewerbung unserer Region.

**Sie kennen Land und Leute. Wie beschreiben Sie in drei Sätzen einem Fremden gegenüber die Menschen dort und ihre Mentalität?**

**Brunert-Jetter:** Sicherlich ist es immer schwierig, pauschal einen ganzen Menschenschlag charakterisieren zu wollen. Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass sich die Menschen in unserer Region durch Verlässlichkeit, Fleiß, einer hohen Motivation und Heimatverbundenheit auszeichnen. Das Klischee vom sturen Südwestfalen, der abgeschottet durch Wälder und Berge ein zurückgezogenes Leben führt, haben wir lange überwunden.

**Dr. Rudolph:** Zunächst einmal gibt es sicher nicht den Prototyp eines Südwestfalen. Jeder, der sich hier auskennt und rumgekommen ist, weiß, dass sich die Menschen innerhalb der Region mitunter sehr stark unterscheiden. Trotzdem lassen sich glaube ich einige grundsätzlichen Gemeinsamkeiten benennen: Den Menschen der Region kann man nichts vormachen. Sie sind anfangs etwas zurückhaltender als in anderen Landesteilen. Aber wenn sie einen Menschen erst einmal in ihr Herz geschlossen haben, dann lassen sie ihn auch nicht mehr los.

**Remmel:** Ich selbst stamme ja aus der Nähe von Siegen, bin meiner Heimat bis heute treu geblieben und fühle mich wohl dort. Als Außenstehender hat man es anfangs sicherlich schwer, Zugang zu den Südwestfalen zu finden. Hat man diese Hürde aber erst einmal überwunden, sind die zwischenmenschlichen Strukturen besonders fest und verlässlich. Und das ist es, was ich an der Region sehr schätze.

**Freimuth:** Wir Südwestfalen sind fleißig, kreativ, innovativ, aufrichtig, zuverlässig und bodenständig. Wir sind sensibel, herzlich und weltoffen. Manchmal brauchen wir nur etwas länger, es die anderen erkennen zu lassen.

**Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.**

# Elternrecht contra Lehrerkompetenz

## Anhörung zur Einführung verbindlicher Grundschulgutachten

*Verbindliche Grundschulgutachten für den Übergang zur weiterführenden Schule – probates Mittel im Kampf gegen Überforderung von Schülern, Sitzenbleiben oder sogar Schulformwechsel? Oder doch nur unnötige Einschränkung von Elternrecht, riskante Festlegung für ein ganzes Leben auf Basis einer Momentaufnahme? Kontrovers diskutierten Experten darüber in einer öffentlichen Anhörung auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs.14/1016) im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD).*

Blick in die Zahlen: Die so genannte IGLU-Studie war Grundlage der Diskussion zum verbindlichen Grundschulgutachten

Foto: Schälte

Entschieden für mehr Verbindlichkeit sprach sich Ulrich Brambach seitens des Realschullehrerverbandes NRW aus. Die notwendige Diagnosekompetenz traue er den Grundschulkollegen durchaus zu. Er warnte vor falschem Ehrgeiz von Eltern und dem Interessenskonflikt mancher Rektoren. Unterstützung gab es aus der Praxis. Mechthild Kastka leitet eine Düsseldorfer Grundschule und berichtete über Langzeitdokumentationen ab Klasse Eins, Elterngespräche und Förderempfehlungen. Am Ende traue sie ihren Kolleginnen durchaus eine Prognose auf zwei bis drei Jahre zu.

Das sahen auch Vertreter der Eltern so. „Reicht Elternrecht so weit, dass es auch bei offensichtlicher Nichteignung Durchsetzung findet“, fragte Regine Schwarzkopf vom Elternverein NRW und sah den Elternwillen durch

das neue Schulgesetz nicht ausgehebelt. Sie erinnerte daran, dass es bis 1996 verbindliche Empfehlungen gegeben habe. Allerdings dürfe das Gutachten nicht das für immer letzte Wort sein, forderte Burkhard Korthauer und verlangte im Zweifel die Möglichkeit eines Schulwechsels „nach dem nächsten positiven Halbjahreszeugnis“. Wichtig seien insbesondere sichere Bewertungskriterien, erklärte er und griff für die Landeselternschaft der Gymnasien einen der wesentlichen Kritikpunkte auf.

„Noten und Empfehlungen sind nicht gerichtsfest“, mahnte Schulaufsichtsbeamtin Ulrike Hund an. „Im Zweifel werden all jene klagen, die keinen Platz an der Gesamtschule bekommen. Das sind bei uns in Neuss 300 pro Schuljahr.“ Allein dieser bürokratische Mehraufwand wiege „den geringen Nutzen“ auf. „Wir geben

uns bei der Beurteilung die größte Mühe“, widersprach Gisela Cappel vom Grundschulverband der These, die Gutachten würden wegen mangelnder Verbindlichkeit von Lehrern nicht ernst genommen. Auch wenn das Ziel, Scheitern zu vermeiden, lobenswert sei, brächten Prognoseunterricht oder verbindliche Gutachten nicht den gewünschten Erfolg.

Auch die Wissenschaft zweifelte am Wert von Grundschulgutachten. 30 der Haupt- und 51 Prozent der Realschüler erreichten einen besseren Abschluss als prognostiziert, so Dr. Rainer Block von der Uni Essen, der auch die gängigen Berechnungsmodelle durchaus kritisch sah. Allein weil es an Gymnasien ein besseres Entwicklungsmilieu als an Hauptschulen gebe, fand diese Meinung bei Professor Dr. Wilfried Bos von der Universität Dortmund Unterstützung. Auch er verlangte verbindliche Standards. In der Realität gebe es ein erhebliches Leistungs-Überlappungspotenzial; Schüler aus „guten Elternhäusern“ hätten in Gutachten bessere Chancen das Gymnasium zu besuchen. „Was wir brauchen, sind gute Ganztagsangebote und eine Verbesserung pädagogischer Diagnosekompetenz.“ Das dauere in der Lehrerbildung fünf bis zehn Jahre. Wie man dies vermitteln kann, so Heribert Woestmann von der Uni Münster, zeige der an seinem Institut angebotene Studiengang. Er präsentierte als Alternative zum verbindlichen Gutachten eine unabhängige pädagogische Beratungsinstanz, die im Zweifel das Gespräch mit den Eltern suche.

### TREFFERQUOTE

„Entweder Empfehlung oder verbindliche Zuweisung“, wehrte sich GEW-Landesvorstand Dr. Bruno Köneke gegen „semantische Tarnmanöver“. Wenn verbindlich, dann müssten sich Grundschullehrer aber auch ein Bild machen können, was welche weiterführende Schule fordere und wie sie fördere. Jede noch so gute Trefferquote unterhalb 100 Prozent sei im Einzelfall für das Kind ein Desaster, meinte er und sprach sich im Zweifel für den Elternwillen aus. Udo Beckmann vom VEB wurde da deutlicher. Eine Entscheidung „aus dem Bauch“ ohne notwendige Datengrundlage und wider die pädagogische Vernunft – so sein Urteil. Selbst der UN-Bildungsexperte Munoz habe die zu frühe Selektion im System kritisiert.

„Verantwortung können nur die tragen, die auch die Konsequenzen tragen müssen. Und das sind die Eltern“, sagte Martin Depenbrock und forderte für die Elternschaft Grundschulen ein einklagbares Recht auf Unterricht statt einer „druckbelasteten Prüfungssituation“ im Prognoseunterricht. „Lehrer erleben die Kinder ausschließlich in schulischen Zusammenhängen sechs Stunden am Tag“, argumentierte auch Silke Kühn für den Landeselternrat Gesamtschule pro Elternrecht.

voK

# Neutralität und Glauben

## Ausschüsse hören Sachverständige zum „Kopftuchverbot“

*Ein Gesetz wegen 20 Personen ändern? Etwa so viele Lehrerinnen islamischen Glaubens gibt es in NRW, die sich entschieden haben, in der Schule ein Kopftuch zu tragen. Soll das erlaubt bleiben oder untersagt werden? Die beiden Koalitionsfraktionen wollen Klarheit schaffen. Sie haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 14/569), der Gegenstand einer Anhörung am 9. März war. Der federführende Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) hörte in gemeinsamer Sitzung mit dem Integrationsausschuss und dem Frauenausschuss sowie unter weiterer Beteiligung von Schulausschuss und Rechtsausschuss zum „Kopftuchverbot“ 18 Expertinnen und Experten an.*

Also warum wegen 20 Lehrerinnen aktiv werden? Zum einen, weil oberste deutsche Gerichte die Länder ermächtigt haben, eine „hinreichend bestimmte gesetzliche Grundlage zum Verbot des Tragens und Verwendens von religiös oder weltanschaulich motivierten Kleidungsstücken“ zu treffen, die, so heißt es weiter, „objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität der Amtsführung von Lehrerinnen und Lehrern zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden“. Zum anderen – darauf wurde in der Anhörung aufmerksam gemacht – müsse es im Zuge der weiteren Entwicklung ja nicht bei diesen 20 Personen bleiben.

Die Anhörung ließ die Waage der Argumente in der Schwebe. Es gab gewichtige Stimmen, die den Schulfrieden, das Erziehungsrecht der Eltern und den Schutz der Schulkinder vor religiöser oder weltanschaulicher Beeinflussung durch eine Lehrkraft höher einschätzten als (die ebenfalls als Grundrecht geschützte) Glaubens- und Religionsfreiheit etwa einer Lehrerin im Staatsdienst.

Es gab andere Expertinnen und Experten, die vor einer klaren Festlegung durch den

Landesgesetzgeber warnten und die Gleichbehandlung aller drei monotheistischen Weltreligionen (Christentum, Judentum, Islam) einforderten. Oder die davor warnten, dass die Gerichte den Staat zwingen könnten, im Zuge einer strikt ausgelegten Neutralitätspflicht nicht nur das islamische Kopftuch, sondern auch das christliche Kreuz, die christliche Ordensstracht oder die jüdische Kippa aus den Schulen zu verbannen.

Und dann gab es - und das war für eine Anhörung zu einem ansonsten trockenen Thema nicht alltäglich und darum belebend - die Stimmen der Betroffenen: Engagiert, leidenschaftlich, persönlich. „Ich bin eine Bereicherung für meine Schule“, behauptete eine früher evangelische, jetzt islamische Kopftuch tragende Lehrerin. Ihre Religion sei keine Behinderung im Alltag der Schule, im Gegenteil: Ihr Kopftuch Sorge dafür, dass Jungen weniger rüpelhaft seien und Mädchen für sich optimistischer in die Zukunft blickten.

Eine andere Sprecherin lehnte den Gesetzentwurf als sehr kränkend für Muslime ab, weil er eine Ungleichbehandlung der Religionen bedeute und damit ein Werturteil über ihre

Religion fälle. Für die muslimische Frau sei das Kopftuch eine „Frage der Sittsamkeit“. Dass es von Islamisten missbraucht werde, sei anderen Muslimen nicht vorzuwerfen. Gerade das Kopftuch sichere seiner Trägerin Respekt und die Möglichkeit zu Bildung, Berufsausübung und Emanzipation. Ein Verbot stehe im Widerspruch zu allen Integrationsbestrebungen.

Aber auch die Stellungnahmen von islamischer Seite waren nicht einheitlich. Der Vertreter der Alevitischen Gemeinde sprach sich für ein Kopftuchverbot aus, weil die meisten alevitischen Frauen und Mädchen kein solches Kleidungsstück trügen und deswegen von ihren sunnitischen Geschlechtsgenossen bedrängt und diskriminiert würden.

Die Sprecher der beiden christlichen Kirchen fanden sich in der Rolle von Moderatoren wieder. Einerseits wehrten sie sich dagegen, dass im Zuge der Wertevermittlung christliche Tradition und Symbole zu bloß „kulturellen“ Inhalten säkularisiert werden. Zum anderen stellte der Vertreter des katholischen Büros die Frage, ob das Verbot des Tragens eines Kopftuchs in einem einfachen Gesetz in der Lage sein kann, den in der Landesverfassung niedergelegten Grundsatz der Erziehung zur „Ehrfurcht vor Gott“ sozusagen außer Kraft zu setzen. Denn in einem pluralistischen Staat sei von diesem Satz nach der Rechtsmeinung auch die Gottesvorstellung der islamischen Glaubensgemeinschaften abgedeckt.

Die drei evangelischen Kirchen des Landes setzten sich dafür ein, zur Wahrung des politischen, religiösen und weltanschaulichen Schulfriedens weitere Schritte zu unternehmen, um die Integration als gleichberechtigte Teilhabe aller, die religiöse Bildung und den Dialog zu fördern. Andererseits habe das Verhalten der Beamten die Neutralitätspflicht des Staates zu wahren. „Das schließt die Erkennbarkeit der religiösen Überzeugung von Staatsbeamten nicht aus, setzt ihr aber Grenzen.“ JK

## Zu einem ersten Gespräch ...

... mit der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe NRW hat deren Vorsitzender Dr. Michael Vesper (L) die Generalkonsule der Republik Türkei in NRW begrüßt. Dabei wurde das gemeinsame Interesse an der Vertiefung der Kontakte und der Integration der im Land lebenden türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstrichen. Der Vorsitzende Vesper äußerte die Hoffnung am Zustandekommen einer gemeinsamen parlamentarischen Initiative des Landtags zu einer regionalen Kooperation mit der Türkei. Neben Vesper auf dem Bild (v.l.) die Generalkonsule Alphan Şölen, Asım Temizgil, Hakan Olcay und Munis Dirik.

Foto: Schälte





Fotos:Schälte

Reges Medieninteresse an der Ausschusssitzung

## Kohle-Streit verschärft sich

### Wirtschaftsausschuss debattiert über geplanten Subventionsabbau

*Der Sitzungssaal platzte aus allen Nähten. Grund für das rege Interesse bei Medien und Bürgern war der Besuch des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Steinkohle AG (DSK), Bernd Tönjes, im Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU). In seinem Bericht betonte Tönjes die Wichtigkeit der Steinkohle für die NRW-Wirtschaft und warnte vor beschleunigten Subventionskürzungen. Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Jens Baganz ließ jedoch keinen Zweifel aufkommen, dass die Landesregierung an der vereinbarten Absenkung der Steinkohlesubventionen festhalten werde. Der DSK-Chef geriet zudem in die Kritik, da er sich trotz mehrfacher Aufforderung durch Vertreter von CDU, FDP und Grünen weigerte, dem Landtag Zahlen für verschiedene Ausstiegsszenarien vorzulegen.*

**D**SK-Chef Tönjes redete Klartext: „Wir sind nicht verpflichtet, ein Szenario zu unserer eigenen Abwicklung durchzurechnen.“ Dafür gebe es keinen Auftrag der Bundesregierung. Einen detaillierten Ausblick zu den Folgekosten für einen Auslaufbergbau werde man erst dann vorlegen, wenn sich Bund und Land gemeinsam auf einen Ausstieg festlegen. Die DSK sei nicht angetreten, um sich selbst ans Messer zu liefern, so Tönjes weiter. „Wir werden das nicht proaktiv nach vorne tragen gegen unsere eigene energiepolitische Überzeugung.“

Vielmehr warnte er nachdrücklich vor einem beschleunigten Abbau der Kohlesubventionen. Die drohende Insolvenz des Bergbau-Zulieferers Heitkamp-Deilmann-Haniel sei nur die Spitze einer Pleitewelle, verursacht durch den „harten Schrumpfkurs“ bei der Kohleförderung. Nach Schätzung der DSK drohen allein in der Zulieferindustrie weitere 15.000 Arbeitsplätze bis 2012 wegzufallen. 1.200 Betriebe seien in ihrer Existenz gefährdet. Schließlich müsse das Bestellvolumen der DSK, das zahlreichen Städten zugute komme, bis 2012 von derzeit zwei auf 1,1 Milliarden Euro nahezu halbiert werden. „Wodurch soll das eigentlich ersetzt werden“, wollte Tönjes von den Abgeordneten wissen.

Mit seiner Verweigerungshaltung zog der DSK-Chef den Ärger von drei der vier Land-

tagsfraktionen auf sich: CDU-Wirtschaftsexperte Christian Weisbrich nannte Tönjes' Auftritt „nicht akzeptabel“. Mehr als die Hälfte des gesamten Wirtschaftsetzes fließe derzeit in die Steinkohle. „Wenn der Subventionsempfänger nicht bereit ist, dem Parlament die gewünschten Zahlen zu liefern, muss er sich darauf einstellen, dass es künftig keine Subventionen mehr gibt“, so Weisbrich. Harsche Kritik auch von Seiten des Koalitionspartners: „Die Steinkohle kassiert und schweigt. Das nehmen wir als zweitgrößter Subventionsgeber nicht länger hin“, stellte FDP-

Fraktionsvorsitzender Dr. Gerhard Papke fest. Gegebenenfalls werde er die DSK per Landtagsbeschluss dazu auffordern, verschiedene Auslaufsznarien zu berechnen.

Energieexperte Reiner Priggen (GRÜNE) sprach gar von einer „Verhöhnung des Parlaments“. Er habe kein Verständnis dafür, dass sein Fragenkatalog, den er bereits vor Wochen der DSK übermittelt habe, bis heute unbeantwortet geblieben sei. Er warnte Tönjes eindringlich davor, an dem jetzigen Eskalationskurs festzuhalten. Das werde letztlich auf dem Rücken der Kumpel ausgetragen.

Allein die SPD-Fraktion stärkte dem DSK-Chef den Rücken und verteidigte die Bergbausubventionen als unumgänglich. „Das Geld, was wir da reinstecken, führt zu Arbeitsplätzen“, befand Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende. Auch ihre Fraktionskollegen, der wirtschaftspolitische Sprecher Norbert Römer und der ehemalige Energieminister Dr. Axel Horstmann, warnten die Landesregierung davor, an ihrem Sparkurs festzuhalten. „Sie sind dabei, der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ins Fleisch zu schneiden“, so Horstmann.

Der Bergbau erhalte allein in diesem Jahr 2,6 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern und sei damit im Gegensatz zu seiner eigenen Darstellung kein Wert schöpfendes, sondern ein Werte vernichtendes Unternehmen, konterte Staatssekretär Baganz. „Wir brauchen Wachstum. Über die Subventionierung von Verlustträgern ist das nicht generierbar.“

Der Subventionsabbau, den die DSK in den letzten Jahren betrieben habe, sei „beispielhaft“, sagte Tönjes verteidigend. Auch das Personal sei auf 36.5000 Beschäftigte im Jahr 2005 abgebaut worden. Es soll bis 2012 weiter auf 20.600 reduziert werden. Bis dahin fallen nach seinen Angaben jährlich rund 516 Millionen Euro für die Bergbau-Altlasten (Beseitigung von Bergbauschäden, Altersversorgung von ausgeschiedenen Mitarbeitern etc.) an. Dafür habe der DSK-Mutterkonzern RAG bis Ende 2004 bereits 6,7 Milliarden Euro an Rückstellungen gebildet. **ax**



Wirtschaftsministerin Christa Thoben (r.) und DSK-Chef Bernd Tönjes (l.).

# Chance oder Warteschleife?

## Erste Bilanz zur Einführung des Werkstattjahrs

*Als Alternative für junge Menschen ohne Ausbildungsplatz bietet das Werkstattjahr ein kombiniertes Angebot aus Theorie im Berufskolleg und Praxis durch ein Betriebspraktikum, koordiniert von einem freien Träger. Eine Bewertung der Bedeutung des neuen Instruments in Abgrenzung von anderen Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und Berufsvorbereitung erbatene die Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) und Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) von Sachverständigen.*

Prinzipiell sei das Werkstattjahr begrüßenswert, vorausgesetzt jedoch, die Finanzierung der bestehenden Angebote werde gesichert, fanden die Experten mehrheitlich. Allerdings wurde auf Nachbesserung bei der sozialpädagogischen Betreuung der Teilnehmer gedrängt, um die drei Lernorte Schule, Betrieb und Trägermaßnahme stärker aufeinander abzustimmen.

„Ohne intensive Betreuung kann die Schulmüdigkeit des Klientels zu Verweigerung führen, wodurch im Endeffekt volkswirtschaftliche Kosten entstehen“, erklärte Rainer Mathes vom paritätischen Wohlfahrtsverband. Der Vorsitzende der Trägerkonferenz Rheinland, Bernd Pastoors, fand die Drei-Träger-Struktur gar „fatal“. Bei Problemen mit Schulmüdigkeit sei früher anzusetzen, wünschten sich Dirk Langer vom Institut für Arbeit und Technik und Werner Sondermann als Vertreter der Kolping Bildungszentren, damit die berufsfördernden Maßnahmen nicht die „Sünden“ der Regelschulen ausmerzen müssten.

Dem konnte sich die Leiterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Christiane Schönefeld, anschließen. Wichtig war ihr außerdem eine genaue Definition der Zielgrup-

pe, damit sich die unterschiedlichen Angebote nicht in die Quere kommen.

„Um die Jugendlichen zu motivieren, sollte das Werkstattjahr transparenter gemacht werden“, regte Norbert Wichmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund an: „Es muss klar gemacht werden, wie die Perspektive im Anschluss an das Jahr aussieht, damit es nicht nur eine weitere Warteschleife ist.“

Die Schwerpunktlegung auf die Praxis in den Unternehmen erhöhe die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme in einen Betrieb, fand Dietrich Mau von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. „Das Ziel kann nur der erste Arbeitsmarkt sein“, forderte er.

Bei der Durchführung des Werkstattjahrs stärker einbezogen zu werden wünschte sich Uta Doberitz von der Kommunalstelle Frau und Wirtschaft. „Wir bieten gerne unser Know How und Unterstützung an“, so Doberitz, die sich statt eines neuen Instrumentariums mehr Gelder für die etablierten Jugendwerkstätten wünschte. Übergangen fühlten sich bei der Konzeption auch die Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, vertreten von ihrem Verbandsvorsitzenden Wolfgang Brückner. Ohne eine Verstärkung

durch Sozialarbeiter seien die Kollegs außerdem mit der Mehrarbeit überfordert.

Probleme zeigten sich auch im praktischen Teil des Konzepts. „Die Praktikumskapazitäten sind erschöpft. Es besteht die Gefahr, dass reguläre Ausbildungsverhältnisse verdrängt werden“, warnte Andreas Oehme vom Handwerkerverband. Damit das Praktikum erfolgreich verlief, bräuchten auch die Betriebe Unterstützung, ergänzte Manfred Gosker von der Hattinger Initiative für Arbeit und Zukunft.

„Brauchen wir das Werkstattjahr denn tatsächlich, oder sind die Gelder für die bestehenden berufsfördernden Maßnahmen wie das Berufsorientierungsjahr besser verwendet“, fragte Barbara Steffens (GRÜNE) die Sachverständigen.

Die Antwort von Rainer Mathes: „Wir brauchen nicht unbedingt das Werkstattjahr, aber generelle Transparenz und den Zielgruppen auf den Leib geschneiderte Angebote, um der Handlungsnot auf dem Ausbildungsmarkt zu begegnen.“

Kritische Töne wurden auch in der SPD-Fraktion laut. „Angenommen, die Landesregierung folgt Ihren Anregungen zur Verbesserung nicht. Wie sehen Sie die Wirksamkeit in diesem Fall“, wollte Rainer Bischoff wissen.

„Ohne Nachbesserung sind keine Erfolge zu erwarten“, war die Bewertung von Manfred Gosker.

Das Werkstattjahr sei sehr zügig eingeführt worden und deshalb je nach den regionalen Bemühungen bei der Anwerbung der Teilnehmer unterschiedlich erfolgreich, erwiderte Rudolf Henke (CDU). Im nächsten Jahr würden einige Kinderkrankheiten bereits ausgemerzt sein. „Das Werkstattjahr schafft Chancen“, bekräftigte er. Dr. Stefan Romberg (FDP) konnte berichten, dass ihn von den jugendlichen Teilnehmern sowie von den Trägern nur begeisterte Rückmeldungen erreicht hätten. YV

## Als Vorreiter in Sachen Ausbildung ...

... sieht sich die FDP-Landtagsfraktion. Unter 25 Beschäftigten seien drei Auszubildende, rechnet der Parlamentarische Geschäftsführer Ralf Witzel (l.) vor. Ende letzten Jahres sind zwei Bürokaufleute, Katharina Nennertheim (M.) und Janine Skorupski (r.), hinzugekommen. Ihr erfolgreicher Einstieg könnte, so Witzel, auch andere Fraktionen und Abgeordnete ermutigen, „noch größere Ausbildungsverantwortung zu übernehmen“.



Foto: Schälte

# Koalition mahnt zur Gelassenheit

## Sondersitzung des Kommunalausschusses zur Messe-Köln

*Der Stand der Aufklärung in der Affäre um den Neubau der Nordhallen der Köln-Messe war Thema einer Sondersitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Die Opposition sah erheblichen Aufklärungsbedarf, vor allem auf Seiten der Landesregierung.*

In der vorangegangenen Sitzung am 8. Februar hatte Johannes Winkel für das NRW-Innenministerium erklärt, die zuständige Bezirksregierung Köln habe Kontakt zur Staatsanwaltschaft aufgenommen. Diese habe sich aber nicht imstande gesehen, nähere Einzelheiten weiterzugeben, um das Ermittlungsergebnis nicht zu gefährden. Dem hatte die Staatsanwaltschaft im WDR widersprochen: Man sei gar nicht gefragt worden, würde aber notwendige Unterlagen zur Verfügung stellen.

Konkret geht es um den Prüfbericht der Wirtschaftlichkeitsberechnung. „Wollen Sie ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen?“, bohrte Horst Becker (GRÜNE). „Machen Sie unseren Antrag nicht nieder. Erklären Sie, wie es in der Sache weitergehen soll“, appellierte

Hans-Willi Körfges (SPD). „Laut Innenministerium ist der Prüfbericht der Kommunalaufsicht unvollständig, weil Unterlagen der Staatsanwaltschaft nicht vorliegen. Es geht nun darum, diesen Bericht zu vervollständigen“, warb Ralf Jäger (SPD) für den gemeinsamen Antrag, das Innenministerium möge bei Stadt Köln und Staatsanwaltschaft alle Unterlagen anfordern. Welche Akten freigegeben werden könnten, wisse die Staatsanwaltschaft selbst am Besten.

Ein Antrag, der bei den Koalitionsfraktionen auf klare Ablehnung stieß. Man sehe sehr wohl die Gefahr, durch zu frühes Veröffentlichendes einzelner Akten das Ermittlungsverfahren zu gefährden, argumentierte Rainer Lux (CDU). „Es geht darum, den Kölnern gegebenenfalls

200 Millionen zu sparen. Das werden wir nicht gefährden“, meinte Horst Engel (FDP) und mahnte zur Gelassenheit. Der Versuch, den Ball aus dem Rathaus Köln ins Innenministerium zu spielen, schlage fehl. Im Übrigen – waren sich Ministerium und Koalitionsfraktionen einig – setze man auf das rechtstaatliche Verfahren. Einzelne Aussagen würden da der kommunalaufsichtlichen Aufklärung nicht weiterhelfen. Grundlage müsse, so das Ministerium, vielmehr der Sachverhalt am Ende der staatsanwaltlichen Ermittlungen sein.

Das Thema wird den Ausschuss weiter beschäftigen. Auch die Koalition will es spätestens nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wieder auf die Tagesordnung setzen. **vol**



Foto: ZPD NRW

## Ladehemmung bei Polizeipistolen

### Hersteller rüstet 13.000 Pistolen mit neuen Auszieherkrallen nach

*Von „lebensgefährlichen Funktionsstörungen“ der neuen Polizeidienstwaffe Walther P 99 spricht die Anfrage der SPD-Fraktion, die ebenso wie die Grünen eine Aktuelle Viertelstunde mit Bericht der Landesregierung zu den Schwierigkeiten bei der Handhabung der neuen Pistole gefordert hat. Stellung nahm in der jüngsten Sitzung des Innenausschusses (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) Polizeidirektor Detlef Gernandt.*

Danach zeigten 17 von 13.000 Walther P 99 Pistolen bei der Benutzung im Dienst defekte Auszieherkrallen. Dieses Stück Technik ist zuständig für die Entfernung der leeren Patronenhülse aus dem Lauf, damit neue Munition nachgeladen werden kann. Funktioniert dies nicht, kommt es zur Ladehemmung.

„Bei der Auswahl des neuen Modells wurde darauf geachtet, dass es sowohl von Rechts- als auch von Linkshändern benutzt werden kann und auf die individuelle Handgröße adaptierbar ist. Die Walther P 99 wurde in einem Mitarbeiterversuch von 250 Beamtinnen und

Beamten zehn Wochen Probe getragen und hat umfangreiche Tests durch Polizei und Hersteller bestanden“, berichtete Gernandt.

Erst bei der breiteren Nutzung hätten sich vereinzelt Schwierigkeiten gezeigt. Da sich ein Beamter in akuten Gefahrensituationen auf seine Dienstwaffe blind verlassen können müsse, habe Hersteller Walther sofort die kostenlose Nachrüstung angeboten.

Herbeigeführt wird die bemängelte Ladehemmung jedoch oft auch durch ein zu niedriges Anfasen der Waffe, einem typischen Fehler bei der Handhabung. Nach Abfeuern einer Patrone schiebt der Rückstoß den Schlitten samt

Lauf nach hinten. Wenn der Verschluss wieder nach vorne rückt, streift er mit der Unterkante eine neue Patrone aus dem Magazin ab, die ins Patronenlager nachrutscht. Lauf und Verschluss werden verriegelt und die Waffe ist wieder schussbereit. Wird die Pistole zu niedrig gefasst, kann die neue Patrone nicht nachfallen. Ergebnis: Ladehemmung.

„Dieser Bedienungsfehler ist jedoch wegtrainierbar. Eine Waffe darf nur getragen werden, wenn die Handhabung in Fleisch und Blut übergegangen ist. Es ist völlig normal, dass das eine Weile dauert“, sagte der Polizeidirektor. **YV**

# „Geld geben und machen lassen“

## Experten legen Vorschläge zur Wohnraumförderung vor

„Eine veränderte Lage auf den Wohnungsmärkten und knapper werdende Haushaltsmittel“ – vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung eine „Neujustierung der Wohnungspolitik“ beschlossen und per Erlass bereits Ende Januar in Kraft gesetzt. Über die Folgen des Wohnraumförderungsprogramms 2006 und der neuen Wohnraumförderungsbestimmungen diskutierten im Rahmen einer öffentlichen Anhörung Experten mit Abgeordneten aus dem Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD).

Vielleicht fragen Sie uns demnächst vor einer Entscheidung“, kritisierte Rainer Breuer seitens der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik das Verfahren. In der Sache war sich das gute Dutzend an Experten im Wesentlichen einig, lobten insbesondere die deutliche Anhebung der Förderpauschalen. „Angesichts der derzeitigen Zurückhaltung im sozialen Mietwohnungsbau das richtige Signal“, so Gesine Kort-Weiher vom Städtetag NRW stellvertretend für alle Fachleute.

Mehrheitlich Kritik gab es an der Aufhebung der Grundstücksobergrenze von 400 Quadratmetern bei der Eigentumsförderung. Das sei bisher ein wesentliches Steuerungsinstrument gewesen, flächensparendes Bauen und integrative Städtebaupolitik voranzubringen. „Unsere Klientel muss eh rechnen. Und 1000 Quadratmeter sind teurer als 400“, relativierte Rainer Hofmann von der Wohnungsbauförderungsanstalt das Problem. „In Städten kann sich kaum jemand mehr als 300 Quadratmeter leisten. Aber auf dem Land ist das halt anders“, begrüßte auch Falk Kivelip für den Landesverband freier Wohnungsunternehmen die neue Freiheit nach Aufhebung der Obergrenze. „Es gibt bereits Kriterien für Bebauung“, verwies Gundolf Bork vom Städte- und Gemeindebund auf Flächennutzungs- und Bebauungspläne. Zusätzliche Richtschnüre in Förderbestimmungen seien überflüssig.

Umstritten war auch die bisher bei Förderung vorgeschriebene Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Diese sieht der neue Erlass auch nicht mehr vor. „Problematisch“ fanden das die Mehrheit der Experten und zahlreiche Abgeordnete, während die Befürworter der Abschaffung Wert darauf legten, „nicht gegen Bus und Bahn“ zu sein. Aber der ÖPNV gehöre heute so selbstverständlich dazu, dass man das an dieser Stelle nicht mehr regeln müsse; darin sahen sie die Möglichkeit zum Bürokratieabbau.

Auf generelle Zustimmung stieß ebenfalls die Idee, künftig auch den Abriss von Wohnraum – allerdings im Zuge von anschließendem Neubau und Modernisierung – zu fördern. Gerade bei den „verdichteten Bauten der 60-er und

70-er Jahre mache das Sinn. Allerdings bedürfe es hier „schärferer“ Formulierungen, regte Wolfgang Kiehle vom Wohnbund Beratung NRW an. Nach ersten Erfahrungen ab dem nächsten Jahr sollten in diesem Kontext wohnwirtschaftliche Konzepte von den Investoren eingefordert werden. „Das ist und bleibt Städtebau“, kritisierte Dr. Hans Klose für den Deutschen Mieterbund die Verwendung von Wohnungsbaumitteln für die „sicher notwendigen Abrisse“. Offen blieb in der Diskussion auch, wie am sinnvollsten mit noch bestehenden Zweckbindungen auf abzureißenden Gebäuden umzugehen sei. Für eine mögliche Kombinierbarkeit der Abrissförderung nicht nur mit Miet-, sondern auch mit Eigentumsmaßnahmen sprach sich Roswitha Sinz vom Verband der Wohnungswirtschaft aus.

„Behalten Sie das Landeswohnungsbauvermögen bei“, warb Hartmut Miksch seitens der Architektenkammer. Das sichere – unabhängig von der jeweils aktuellen Haushaltslage des Landes – denen Wohnraum zu, „die sich selbst nicht helfen können“. Er freute sich über die im Erlass fortgeschriebene Kontinuität. Auf Zustimmung bei den Experten stieß auch die zusätzliche Förderung von Pflegeebädern und Aufzügen. Hier regten die Fachleute an, das nicht nur bei Schaffung neuen Wohnraums, sondern auch im Zusammenhang mit Sanierungen zu ermöglichen. „Da für qualitativ volles Wohnen zunehmend das Wohnumfeld bedeutsam wird“, plädierte Ernst Uhing für den Bund Deutscher Baumeister außerdem für die Einrichtung eines Zusatzdarlehens „für die adäquate Einrichtung von Außenanlagen“.

„Geben Sie den Kommunen das Geld und lassen die einfach machen“, regte der Münsteraner Professor Ulrich van Suntum eine „völlige Neuregelung der Wohnraumförderung“ an. Warum nicht Abrissförderung durch die Nachbarn mitfinanzieren lassen, die davon profitieren ... In jedem Falle müsse man weg vom derzeitigen Bürokratismus. Ideen, die bei dem ein oder anderen Abgeordneten durchaus auf offene Ohren stießen. Motto: „Wir fangen ja gerade erst an, warten Sie mal ab“.

vol



Vor Beginn der Anhörung begrüßte Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken (r.) die zum Thema Wohnraumförderungsbestimmungen geladenen Sachverständigen

Foto: Schälte

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Durch die Einrichtung von weiteren 3.000 Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode soll unter anderem die Erteilung des Sportunterrichts in nordrhein-westfälischen Schulen gesichert und ausgebaut werden. Ein Vertreter des Schulministeriums stellte dem **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) hierzu ein Handlungskonzept vor. Tendenziell habe sich der durchschnittlich erteilte Sportunterricht in der Primarstufe sowie in der Sekundarstufe I erhöht. Nach dem Bericht des Ministeriums konzentrieren sich Schulleitungen bevorzugt auf die Sicherstellung des Unterrichts in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen. Bei Lehrermangel ginge dies zu Lasten der sogenannten „Nebenfächer“, zu denen auch der Sport gehöre.

+++

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hat sich gegen eine Ausweitung von Ein-Euro-Jobs ausgesprochen. Derzeit seien in NRW rund 51.000 Menschen in solch einer Maßnahme beschäftigt, berichtete Laumann dem **Wirtschaftsausschuss** (Stellvertretender Vorsitz Dietmar Brockes, FDP). „Mit dieser Zahl sind wir an der Grenze des Vertretbaren angekommen.“ Laumann räumte zwar ein, dass die auf sechs Monate befristeten Ein-Euro-Jobs ein gutes Instrument seien, um die Arbeitsbereitschaft von Langzeitarbeitsloser zu testen. Darüber hinaus habe das Instrument aber „Macken.“ So mehrten sich die Hinweise darauf, dass diese Maßnahmen an die Stelle regulärer Arbeits-



Illustration: Peter Flock

verhältnisse treten. Solch eine „Verdrängung“ sei aber für eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt kontraproduktiv. „Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben.“ Laumann sprach sich dafür aus, Ein-Euro-Jobs vor allem an ungelernete Arbeitskräfte zu vergeben. Er tue sich schwer damit, diese Jobs Leuten anzubieten, die eine abgeschlossene Ausbildung haben.

Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bahn AG, wird am 23. März dem **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) zu aktuellen Fragen und Zukunftsperspektiven der Deutsche Bahn AG Rede und Antwort stehen. Sitzungsbeginn ist um 13 Uhr im CDU-Fraktionssaal (E 3 A 02).

+++

Rattenfleisch wird auch künftig nicht als „Wilddelikatesse“ in NRW vertrieben werden können. Das hat Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion der Grünen im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) klargestellt. Auslöser der Anfrage war ein Bericht im Kölner Stadtanzeiger über die angeblich illegale Einfuhr großer Mengen von Schweine-, Geflügel- und Wildfleisch aus China, das in NRW zu hochwertigem Fleisch umetikettiert werden sollte. „Das kann ich nicht bestätigen“, teilte Minister Uhlenberg dem Ausschuss in einem schriftlichen Bericht mit. „Richtig ist vielmehr, dass die Einfuhr von Geflügel und anderem Fleisch aus China in die EU generell verboten ist.“ Auch auf Rückfragen bei den Grenzkontrollstellen in Köln und Düsseldorf sowie bei den Staatlichen Untersuchungsämtern gebe es „keinerlei Anhaltspunkte, die die Befürchtung, dass hier Fleisch aus China eingeführt und umetikettiert worden sei, erhärten könnten“, so Uhlenberg.

Die Serie von Sachverständigenanhörungen reißt auch zum Ende des ersten Jahres-Quartals nicht ab. Den Anfang macht der **Gesundheitsausschuss** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) am 22. März. Ab 10 Uhr wird es hier eine Anhörung zum Thema Krankenhausfinanzierung geben. Sitzungsort ist der SPD-Fraktionssaal. Ebenfalls für den 22. März hat der **Schulausschuss** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) Experten in den Plenarsaal eingeladen. Ab 11.15 Uhr debattiert der Ausschuss über die Forderungen der GRÜNE-Fraktion, auf das Sitzenbleiben sowie auf die Einführung von so genannten Kopfnoten zu verzichten. Der Entwurf der Landesregierung zum Haushaltsgesetz 2006 (Drs. 14/1000) ist Gegenstand einer Sachverständigenanhörung im **Haushalts-**

**und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD). Die öffentliche Sitzung ist für den 23. März, 10 Uhr, im Plenarsaal anberaumt. Eine Stunde später, also ab 11 Uhr, beschäftigt sich der **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) im Rahmen einer Anhörung mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei (Drs. 14/929). Getagt wird im SPD-Fraktionssaal. Am 29. März wird sich der **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU) mit der Vergabe von Mikro-Krediten an Jungunternehmer in der Nachgründungsphase beschäftigen. Die Sitzung beginnt um 14 Uhr im E 1 D 05. Ebenfalls am 29. März wird sich der **Schulausschuss** erneut mit einem weiteren As-

pekt des Schulgesetzes beschäftigen. Um 11.15 Uhr startet im Plenarsaal eine Anhörung zum Thema Abitur nach zwölf Jahren. Einen Tag später, am 30. März, diskutiert der **Innovationsausschuss** (Vorsitz Dr. Michael Vesper, GRÜNE) mit Experten über die Umsetzung des Bologna-Prozesses in NRW. Sitzungsbeginn ist um 13.30 Uhr im CDU-Fraktionssaal. Die „Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft NRW“ ist Gegenstand einer Anhörung im **Umweltausschuss**. Die Sitzung ist für den 3. April, 10.30 Uhr, im Plenarsaal anberaumt. Abschließend berät der **Verkehrsausschuss** am 4. April zusammen mit Sachverständigen über die Integrierte Gesamtverkehrsplanung für NRW. Die Anhörung beginnt um 14 Uhr im CDU-Fraktionssaal.

# Ein Abschied in Liebe und Würde

## Landtag und Landesregierung ehren Johannes Rau in einem Staatsakt

Landtagspräsidentin Regina van Dinter am Rednerpult

*Geleitet von Landtagspräsidentin Regina van Dinter und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers betreten sie die Tonhalle in Düsseldorf. Knapp 2.000 Anwesende erhoben sich von ihren Sitzen – Respekt vor der Trauer und Mitgefühl für die Hinterbliebenen eines großen Politikers. Die Witwe Christina Rau und der Sohn Philipp Immanuel nahmen ihre Plätze in der ersten Reihe ein.*

Dirigent John Fiore gab den Einsatz: Die Düsseldorfer Symphoniker spielten die Fuge aus dem Musikalischen Opfer von Johann Sebastian Bach. Der Staatsakt des Landtags und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für den verstorbenen Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten Johannes Rau hatte begonnen. Es war Freitag, der 17. Februar, 11 Uhr. Angehörige, Freunde und Gegner (der Begriff „Feind“ war Rau in seinem Wirken fremd), Weggefährten, ehemalige Mitarbeiter, Politiker und Wirtschaftsgrößen, Kirchenvertreter, Landtagsabgeordnete, Kabinettsmitglieder und viele Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um Johannes Rau die letzte Ehre zu erweisen.

sollte. „Sein fester Glaube ließ ihn auch Phasen des Zweifels und der Zerrissenheit durchstehen und seinen Grundsätzen treu bleiben“, sagte Jürgen Rüttgers. Franz Müntefering hatte diese Situation ebenfalls im Blick, als er formulierte: „Er war sich der Dinge gewiss, wie es ein Mensch nur sein kann. Nicht ohne Zweifel – Skepsis und Verzagtheit waren ihm nicht fremd –, aber im Kern und wenn es darauf ankam, voller Glaube an die Hoffnung und an die Liebe“.

Es war ein von tiefem Ernst und von Würde getragener Staatsakt mit drei Reden, jede auf ihre Art bewegend. Zu Ende ging er mit der Intonation der Nationalhymne. Wiederum hatten sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Dem Ernst tat es keinen Abbruch, dass es die Witwe Christina Rau war, die als erste nach der Symphonie Nr. 5 von Felix Mendelssohn-Bartholdy, „Reformation“ genannt, die Hände rührte und Beifall spendete. Ein paar Wimpernschläge Zögern im Saal, dann fielen die Anwesenden, ein wenig befreit und erleichtert wie es schien, in den Applaus ein, die Anspannung war vorbei.

Die Landtagspräsidentin würdigte die Leistungen Raus als „Landesvater“ und Landespolitiker. Ihm seien die Anliegen der Menschen im Rheinland, in Westfalen und Lippe nahe gewesen. Volksnähe ohne Anbiederung, das hätten die Leute gespürt und ihm deswegen vertraut, „Johannes Rau brauchte sich nie herabzulassen, weil er trotz seiner hohen Ämter nie abgehoben war“. Aus Nächstenliebe und in Achtung vor der Würde jedes Menschen habe er die Menschen zusammengeführt, gleich welcher Herkunft, welchen Glaubens. „Johannes Rau ist ein Vorbild für Toleranz und Menschlichkeit“, sagte Regina van Dinter.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers erinnerte an den Rauschen Wahlspruch „Versöhnen statt spalten“ und das Motto „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Das eine habe seine christliche Wertegrundlage widerspiegelt, das andere sei Ausdruck eines Lebensgefühls gewesen: Kraft und Selbstvertrauen, nicht Überheblichkeit gegenüber anderen, sondern ein Landesbewusstsein, „das nicht auf Ausgrenzung setzt, sondern zur Gemeinsamkeit einlädt“.

Johannes Rau habe Nordrhein-Westfalen von Herzen gemocht, bekannte Franz Müntefering: „Er hat dieses Land gestaltet und ihm gedient“. Er fuhr fort: „In Wuppertal, in Düsseldorf. Wohl keine Gemeinde in NRW, in der er nicht war. In der er keine Freunde gehabt hätte. Über enge Parteigrenzen hinweg.“ Der Vizkanzler und Sozialminister erinnerte daran, dass Rau ein Freund Israels gewesen sei; die Sorge um eine friedliche Perspektive des israelischen Volkes und der gesamten Region habe ihn bis zuletzt begleitet: „Shalom, Johannes“, sagte Müntefering und schloss: „Wir verneigen uns mit großem Respekt und voller Freundschaft vor Johannes Rau. Wir sind dankbar, dass er war, wie er war, dass wir ihn erlebt haben, und dass er einer von uns war“.

Dieses Leben auf dem Fundament des Satzes der Bekennenden Kirche „Ich halte, weil ich gehalten werde“ ist jetzt zu Ende gegangen. „Johannes Rau ist gestorben im tiefen Glauben an die Auferstehung und an das Leben nach dem Tode. So empfehlen wir ihn in Gottes Ewigkeit. Und so ist er uns auch weiter nah. Wir verneigen uns in Dankbarkeit und werden Johannes Rau ein ehrendes Gedenken bewahren“, sagte Landtagspräsidentin Regina van Dinter am Ende ihrer Trauerrede und fügte das Wort Rau hinzu, als er 1999 im Landtag seine letzte Rede hielt: „Ich nehme Abschied, aber ein Stück von mir bleibt zurück“. Die Präsidentin fuhr fort: „So wird es sein“.

JK



Philipp Immanuel und Christina Rau, Jürgen Rüttgers, Berthold Beitz

Fast unerkant am Rande des Parketts saßen Mevlüde und Durmus Genc. Sie hatten beim Brandanschlag in Solingen fünf Familienangehörige verloren. Damals war Johannes Rau tief erschüttert an den Ort des Verbrechens geeilt und hatte den Angehörigen Trost zu spenden versucht. Es war jener Moment, wo er am Sinn seiner Arbeit fast verzweifelte und kurz überlegte, ob er sich nicht aus der Politik zurückziehen



Staatsakt in der Tonhalle

CDU

## CDU-Fraktion als zuverlässiger Partner der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler

**W**ir werden uns wie schon in der Vergangenheit auch zukünftig engagiert für die Interessen und Anliegen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen einsetzen“, erklärte Horst Westkämper (Foto), Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler der CDU-Landtagsfraktion. Der für die Heimatvertriebenen- und Spätaussiedlerpolitik maßgebliche Kulturbereich wurde nach dem Regierungswechsel dem Aufgabenbereich der Staatskanzlei zugeordnet und ist damit dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt. Das sei ein eindrucksvoller Beleg für die besondere Bedeutung, die die Koalition der Erneuerung der Heimatvertriebenen- und Spätaussiedlerpolitik beimisst.



Es müsse sich immer wieder vor Augen gehalten werden, dass die Erlebnissegeneration von Flucht und Vertreibung aussterbe. Umso wichtiger sei es, das Bewusstsein hierfür wach und lebendig zu halten. Westkämper: „Flucht und Vertreibung sind hochaktuelle Themen, die gerade die Menschen in Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße berühren. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Viertel der Menschen aus Nordrhein-Westfalen ihre Wurzeln im Osten Europas haben.“

SPD

## Gewerkschaft überreicht SPD-Fraktion Resolution

**V**ertreter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und des Betriebsrats von Heitkamp-Deilmann-Haniel (HDH) besuchten die SPD-Fraktion, um über die aktuelle Situation im Betrieb und die gefährdeten 1500 Arbeitsplätze zu berichten. Dabei wurde deutlich, dass die bereits erfolgten Kürzungen der Kohle-subventionen dem Unternehmen einen harten Rationalisierungskurs abverlangt hatten. Die Ankündigung der schwarz-gelben Landesregierung, die Steinkohleförderung ganz einzustellen, habe aber das Vertrauen in die Zukunft der Bergbauparte von HDH vollends ruiniert, erklärte Norbert Römer, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Während SPD und CDU in Berlin eine langfristige industriepolitische Strategie entwickelten, ignoriere die schwarz-gelbe Koalition in NRW die Bedeutung der Steinkohle. „Nach dem Motto ‚Augen zu und durch‘ verharret die Regierung Rüttgers auf ihren alten Oppositionspositionen. Mit landespolitischer Verantwortung hat dieser Kurs nichts zu tun. Eine industriepolitische Wachstumsperspektive verknüpft mit dieser Landesregierung niemand mehr“, stellte Römer fest. In der Fraktionssitzung überreichten die Vertreter von IG BCE und HDH eine Resolution, die eine Zukunftsperspektive für die Beschäftigten einklagt. Römer: „Dieses Anliegen unterstützen wir voll und ganz. NRW braucht einen dauerhaften Bergbau, nicht zuletzt wegen der großen Zahl an Arbeitsplätzen in den Zuliefer- und Bergbauspezialbetrieben.“

GRÜNE

## Grüne: Alles andere als Feierstimmung für Frauen in NRW

**D**er diesjährige Internationale Frauentag gab den Anlass für ein erneutes Resümee zur Frauenpolitik der Landesregierung. Die Perspektiven der Frauen in NRW sind fatal. Die diesbezüglichen Kürzungen im Haushaltsentwurf der Landesregierung haben System. Selbst bei Maßnahmen für von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern verantwortet Schwarz-Gelb tiefe finanzielle Einschnitte. Statt diskriminierende Strukturen abzubauen, wie es das Grundgesetz vorgibt, schwächt die Landesregierung jene Netze, die gleichstellungspolitische Ziele voranbringen – oder schafft sie gleich ab. Betroffen sind die Landesfachstelle gegen Gewalt, die Landeskoordinationsstelle Frauengesundheit, Landesfachstelle Frauen und Sucht, die Geschäftsstelle der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und die Regionalstellen Frau und Beruf. Die Frauen in NRW werden von Schwarz-Gelb allein im Regen stehen gelassen. Es bleibt der Eindruck, dass CDU und FDP mit ihrer Politik Frauen an den Herd zurücktreiben wollen. Ganz im Gegenteil bedarf es aber eindeutig weiterer Anstrengungen, um Gleichstellungspolitik im Sinne des Verfassungsauftrages voranzutreiben. Auch der Gesundheitsminister hat von frauenspezifischer Gesundheitspolitik nicht die leiseste Ahnung. Während die WHO und die EU eine geschlechterspezifische Gesundheitspolitik fordern, erklärt Minister Laumann das Thema für erledigt. Klar ist doch, Stillstand bedeutet in der Frauenpolitik Rückschritt.

FDP

## FDP: Alle Vorschriften in ein Umweltgesetzbuch!

Klare Positionen hat der FDP-Umweltexperte Holger Ellerbrock (Foto) im Streitgespräch mit Josef Tumbrinck, Vorsitzender des NABU NRW, bezogen. Ellerbrock bemängelte, dass die alte Umweltpolitik gescheitert sei, weil Rot-Grün alles bis ins letzte Detail geregelt habe. Wer sich heute mit Umweltfragen beschäftige, der müsse unzählige Gesetze, Vorschriften und Verordnungen berücksichtigen. Ziel müsse es vielmehr sein, ein komprimiertes Umweltgesetzbuch zu erstellen. Zu viele Detailregelungen bemängelte auch Josef Tumbrinck, der eine systematische Zusammenführung aller Vorschriften in einem Buch vorschlug. Der FDP-Umweltexperte konkretisierte seine Idee dahingehend, dass insbesondere von gesetzlichen Detailregelungen weitestgehend Abstand genommen werden müsse. Stattdessen setzt Ellerbrock auf Kooperation, sprich Eigenverantwortung und Selbstkontrolle. „Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und sich aus der direkten Überwachungsfunktion zurückziehen“, stellte er klar. Als falschen Weg bezeichnete Ellerbrock, dass die Verbände mittlerweile immer häufiger Klage einreichen würden. Schon die Androhung einer Verbandsklage könne wichtige Infrastrukturmaßnahmen über Jahre verzögern oder sogar verhindern. Da schon die Klagemöglichkeit bei den Behörden oftmals dazu führen könne, dass Planungen erneut überdacht würden. Hier sei eine selbstbewusstere Verwaltung nötig, die nicht sofort vor den Verbänden einknicke.



# Portrait der Woche: Dr. Gerhard Papke (FDP)

**A**ufgewachsen auf Kohle in der Bergarbeiterstadt Oer-Erkenschwick; die Eltern lernten sich auf der Zeche Ewald Fortsetzung kennen, wo der Vater unter Tage und die Mutter im Lohnbüro arbeitete: Eine Biografie, die einen Politiker nicht unbedingt an die Spitze der FDP-Fraktion führt und zum unnachgiebigsten Kohle-Kritiker im Landtag macht.

Doch sich gegen scheinbar überwältigende Mehrheiten zu stemmen, damit ist Gerhard Papke von Jugendtagen an vertraut. In seiner Heimatstadt ist bis heute der mitgliederstärkste SPD-Ortsverein in ganz Deutschland zu Hause, der liberale Ortsverband hingegen seinerzeit nicht mehr als ein „Fähnlein von sieben Aufrechten“. Später im Studentenparlament, wo der orthodox-kommunistische MSB Spartakus dominierte, waren die Verhältnisse ähnlich gelagert: „Da intonierten auf der linken Seite 300 Mann rote Fahnen schwenkend die Internationale, rechts stand eine kleine standhafte Truppe von Liberalen, die Einigkeit und Recht und Freiheit sang“, erinnert sich Papke an die 80-er Jahre zurück, als er an der Bochumer Ruhr-Universität die Liberalen Hochschulgruppen mitbegründete. „Ich habe Gegenwind aber nie als Belastung empfunden, sondern immer als Ansporn, umso nachdrücklicher für meine Überzeugungen zu werben“, blickt er zurück. Schon damals habe ihm die politische Debatte sehr viel Spaß gemacht.

Papkes Interesse an Politik war bereits auf dem Gymnasium, das er in der Nachbarstadt Datteln besuchte, sehr ausgeprägt. Der FDP trat er 1983 während des Studiums bei. Keine

konkreten Ereignisse oder Vorbilder waren der Auslöser, sondern das Interesse an inhaltlichen Fragen: „Ich habe sehr schnell festgestellt, dass für mich das Freiheitsthema im Vordergrund steht,“ sagt der heute 44-Jährige.

## POLITIKWECHSEL

An der Ruhr-Universität Bochum studierte Papke Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaft und Völkerrecht, machte 1987 den Magister Artium, promovierte 1991 und zog anschließend nach Königswinter. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem politischen Liberalismus führte ihn zur Friedrich-Naumann-Stiftung nach Gummersbach. Von 1996 bis 1999 war er in der FDP-Bundestagsfraktion wissenschaftlicher Referent für den Bereich Wirtschaftspolitik.

Als das Parlament von Bonn nach Berlin zog, liebäugelte Papke zunächst mit der neuen Hauptstadt, entschloss sich aber zu einer Kandidatur für den Landtag, in den 2000 die FDP mit 9,8 Prozent und 24 Abgeordneten einzog.

Im Gegensatz zum damaligen Parteichef Jürgen Möllemann hat Papke den Gang in die Opposition nicht als Enttäuschung empfunden, da er aufgrund der „Berliner Verhältnisse“ ohnehin mit einer Fortsetzung von Rot-Grün in NRW rechnete. Im Nachhinein fühlt er sich bestätigt: „Auf einen vollständigen Politikwechsel zu bauen, war das Beste.“

Mit dem tragischen Tod Möllemans - für Papke „nach wie vor das menschlich Bedrückendste, was ich in meiner politischen Laufbahn erlebt habe“ - und der Neuaufstellung

von Partei und Landtagsfraktion 2003 gewann Papke als wirtschaftspolitischer Sprecher zusehends an Profil. Nach dem Regierungswechsel 2005 setzte er sich in einer Kampf abstimmung als Fraktionsvorsitzender durch.

Dass er auch in diesem Amt immer wieder prägnante Akzente setzt und damit beim politischen Gegner aneckt, ist für Papke etwas völlig Selbstverständliches: „Wir sind gewählt worden, um das Land zu verändern und nicht, um die Dinge so zu belassen, wie sie sind.“ Kritik der Opposition in Richtung CDU, dass sich die FDP überproportional bemerkbar mache, empfindet Papke als Anerkennung und Ansporn: „Es würde mich in größte innere Unruhe stürzen“, meint er mit der ihm eigenen Ironie, „wenn ich den Eindruck hätte, wir machen hier unseren Job, und keiner merkt es.“ Dass man dabei auch

in Zukunft von ihm hören wird, und zwar auch in der gewohnten Unzweideutigkeit, daran lässt Papke keinen Zweifel: „Politiker müssen mit der nötigen Klarheit sprechen, damit sie verstanden werden.“

**Autor: Michael Fritsch**



## Vier Abgeordnete im Ausschuss der Regionen

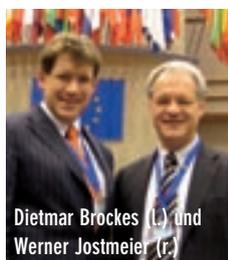
**M**itte Februar fand in Brüssel die konstituierende Sitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Der Ausschuss wirkt als beratende Versammlung von Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der EU und nimmt Stellung zu Vorschlägen für EU-Rechtsakte mit lokaler und regionaler Wirksamkeit.

Zur neuen Mandatsperiode von 2006 bis 2010 entsendet das Land NRW auf Vorschlag der Landesregierung den CDU-Abgeordneten Werner Jostmeier. Weiteres Mitglied ist Dietmar Brockes von der FDP. Stellvertretende Mitglieder sind Michael Schroeren (CDU) und Wolfram Kuschke (SPD).

Die nordrhein-westfälischen Abgeordneten werden in folgenden Fachkommissionen tätig werden: Kommission für konstitutionelle Fragen und Regieren in Europa (Jostmeier), Kommis-

sion für Wirtschaft- und Sozialpolitik (Brockes), Kommission für Kultur und Bildung (Schroeren) sowie Kommission für nachhaltige Entwicklung (Kuschke). Als besonders wichtig gilt die Mitarbeit in der Kommission für Finanz- und Verwaltungsfragen, die von Werner Jostmeier wahrgenommen wird.

Zu den politischen Prioritäten des AdR gehören die Förderung eines politischen und bürgernahen Europas, die Stärkung der territorialen Solidarität innerhalb der Union sowie die Konsolidierung der politischen und institutionellen Rolle des AdR.



Dietmar Brockes (L.) und Werner Jostmeier (R.)

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (0211) 884-2304, 884-2309 und 884-2545, Fax 884-3070, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de **LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 16. März bis 6. April 2006

16.3. Norbert Römer (SPD)	59
16.3. Bodo Wißen (SPD)	32
17.3. Elisabeth Koschorreck (SPD)	54
18.3. Harald Schartau (SPD)	53
19.3. Karl Kress (CDU)	61
20.3. Hans Theo Peschkes (SPD)	59
22.3. Heike Gebhard (SPD)	52
22.3. Ute Schäfer (SPD)	52
22.3. Gerd Stüttgen (SPD)	40
22.3. Stefanie Wiegand (SPD)	37
25.3. Ralf Jäger (SPD)	45
25.3. Ralf Witzel (FDP)	34
26.3. Dr. Ingo Wolf (FDP)	51
30.3. Marie-Luise Fasse (CDU)	58
31.3. Wolfgang Hüsken (CDU)	58
1.4. Christian Weisbrich (CDU)	64
4.4. Gabriele Sikora (SPD)	56
5.4. Dr. Stefan Romberg (FDP)	37
6.4. Dr. Michael Vesper (GRÜNE)	54

Ralf Jäger (SPD) ist neuer Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Duisburg. Die Delegierten des Bezirks wählten den 44-Jährigen zum Nachfolger von Hans Pflug, der nach 16-jähriger Amtszeit nicht mehr antrat. Auf Jäger entfielen 83 Prozent der Stimmen; seine erste Stellvertreterin Gisela Walsken, ebenfalls Duisburger SPD-Landtagsabgeordnete, kam auf ein Votum von 76 Prozent.

Andreas Becker, Birgit Fischer (beide SPD), Holger Müller (CDU), Christof Rasche (FDP), Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Axel Wirtz (CDU) sind in das Kuratorium der Sportstiftung NRW berufen worden. Die Sportstiftung fördert den Nachwuchs im Leistungssport in NRW. Vorsitzender des Kuratoriums ist Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), stellvertretender Vorsitzender Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP).

Dr. Fritz Schaumann, FDP-Landtagsabgeordneter von 1985 bis 1988 und ehemaliger Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, ist neuer Präsident der Kunststiftung Nordrhein-Westfalen. Der 59-Jährige übernimmt auf Vorschlag von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) dieses Amt von der früheren Landeskulturministerin Ilse Brusis (SPD), die nach fünf Jahren an der Spitze ausgeschieden ist.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 6. April 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Shakespeares Haus als neuer Nachbar

Nach dem Vorbild des elisabethanischen „Globe-Theatre“ des englischen Dichters wächst auf der Wiese vor dem Landtagsgebäude in Düsseldorf der Ausweichbau der Deutschen Oper am Rhein aus dem Boden. Das Projekt RheinOperMobil ist notwendig geworden, weil das Düsseldorfer Opernhaus ab kommendem Monat saniert wird. Für rund neun Monate ziehen - nachdem Landtagspräsidentin Regina van Dinker gefragte worden ist und grünes Licht gegeben hat - Ensemble, Techniker und natürlich auch Abonnenten und Besucher in das Theater. Trotz seines provisorischen Charakters ist alles drin und alles dran: Bühne, Orchesterbereich, Foyer mit Gastronomie, Parkett und zwei Ränge. 804 Besucherinnen und Besucher fasst die Oper aus 16 Stahltürmen mit vorgehängter Fassade. Anfang des Monats wehte der Richtkranz über dem Spielort, „der Oper und Ballett in einer einmaligen Nähe zu den Künstlern erleben lässt“, wie es heißt.

Foto: Schälte